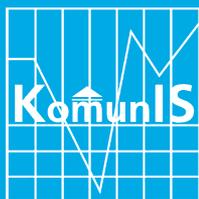


# Statistik und Informationsmanagement Monatshefte

Herausgeber:  
Landeshauptstadt Stuttgart  
Statistisches Amt



## Themen

11/2004

**Prognose der Haushalte in Stuttgart 2002 bis 2015**

**Bericht zur Wohnungssituation in Stuttgart 2003**

Zahl der Sozialhilfeempfänger in Stuttgart 2003 gestiegen

Fast jeder zweite Wahlhelfer ist eine Frau

Nachfrageorientierung und Qualitätssicherung im  
Kommunalen Statistischen Informationssystem KOMUNIS

Stuttgarter Zahlenspiegel

Veröffentlichungen zu den Themen



Aktuelle Grafik: Zahl der Sozialhilfeempfänger in Stuttgart 2003 gestiegen	283
Kurzinformation: Fast jeder zweite Wahlhelfer ist eine Frau	284
Kurzbericht: Nachfrageorientierung und Qualitätssicherung im Kommunalen Statistischen Informationssystem KOMUNIS	285
<b>Hauptbeiträge:</b> <b>Prognose der Haushalte in Stuttgart 2002 bis 2015</b>	<b>293</b>
<b>Bericht zur Wohnungssituation in Stuttgart 2003</b>	<b>304</b>
Veröffentlichungen zu den Themen	Rückseite

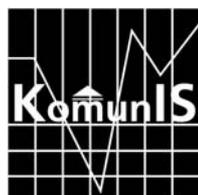
#### Impressum:

Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 11/2004

#### Herausgeber:

Landeshauptstadt Stuttgart  
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart  
Telefon (07 11) 2 16-34 40, Telefax (07 11) 2 16-39 00  
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de  
                  komunis@stuttgart.de  
Internet: www.stuttgart.de  
Verantwortlich: Eberhard Frank  
Schriftleitung: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 3 €



## Zahl der Sozialhilfeempfänger in Stuttgart 2003 gestiegen

Robert Gunderlach

Bundesweit erhielten Ende des Jahres 2003 rund 2,81 Mio. Personen - ein Plus von 2,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr - in 1,42 Mio. Haushalten laufende Sozialhilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, um ihren Grundbedarf an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung decken zu können (sogenanntes „soziokulturelles Existenzminimum“). Die Sozialhilfequote liegt deutschlandweit bei 3,4 Prozent, das heißt von 1000 Einwohnern erhalten 34 Personen laufende Sozialhilfe zum Lebensunterhalt.

In Baden-Württemberg erhielten zum gleichen Stichtag knapp 229 000 Personen laufende Sozialhilfe zum Lebensunterhalt. Pro 1000 Einwohner sind das 21 Personen. Innerhalb eines Jahres hat sich damit landesweit deren

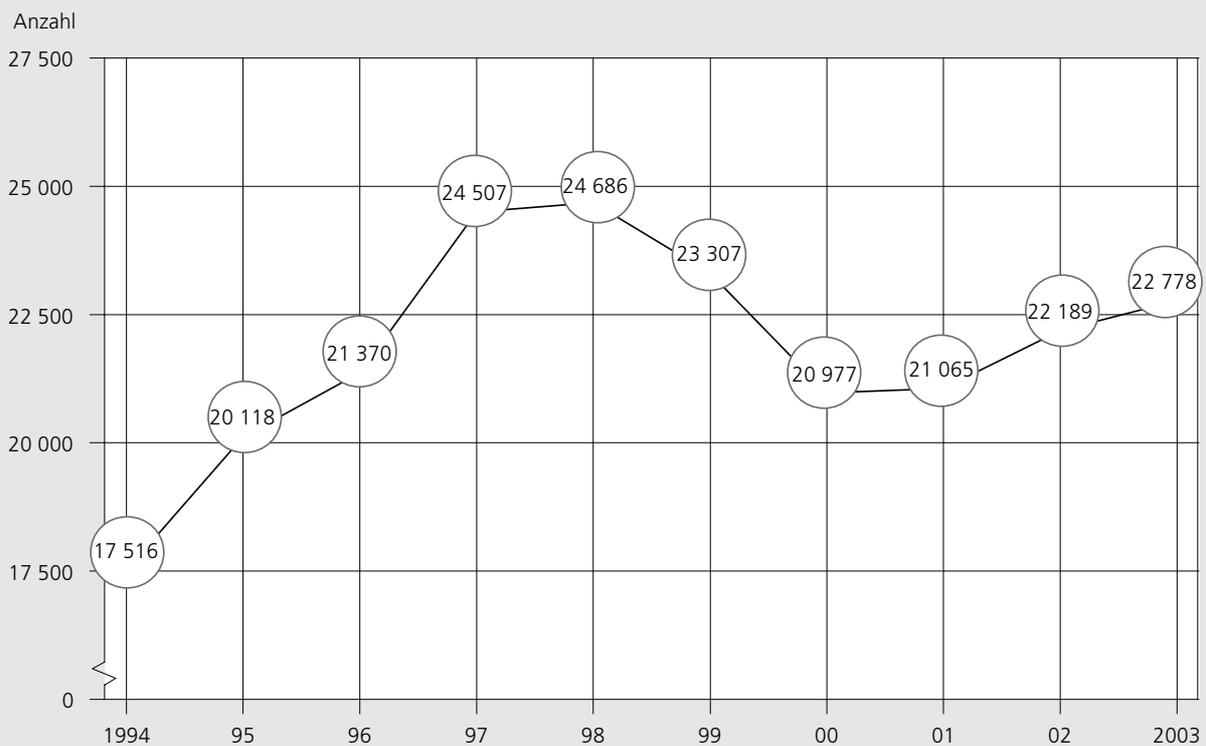
Zahl, stärker als im Bundesgebiet, um 2,6 Prozent oder 5748 Personen erhöht, allerdings auf einem erheblich niedrigeren Gesamtniveau im Vergleich zur Bundesebene.

Diese bundes- und landesweite Aufwärtsentwicklung ist auch im Stadtkreis Stuttgart zu spüren. Denn auch in der Landeshauptstadt erhöhte sich zum Jahresende 2003 die Zahl der Sozialhilfeempfänger, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen beziehen, innerhalb eines Jahres um 2,7 Prozent oder plus 589 Personen auf 22 778 Sozialhilfeempfänger in insgesamt 12 871 Bedarfsgemeinschaften bzw. Haushalten. Die Sozialhilfedichte ist damit in Stuttgart auf 39 Sozialhilfeempfängern je 1000 Einwohner gestiegen. Unter den Sozialhilfebedürftigen in

Stuttgart sind 51 Prozent Frauen, 37 Prozent haben keinen deutschen Pass, knapp ein Drittel sind Arbeitslose und ein Drittel oder 7318 Kinder und Jugendliche sind jünger als 18 Jahre. Das Durchschnittsalter beträgt 31 Jahre. Erfreulich ist, dass sich die Sozialhilfeempfänger im Alter von 65+ innerhalb eines Jahres von 9,2 Prozent (1993 Senioren) auf 4,9 Prozent (1095 Senioren) halbiert haben. Dies ist die Folge des „Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (GSiG).

Die Gründe für den erneuten Anstieg der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger in Stuttgart und anderswo sind insbesondere in der nicht zufriedenstellenden Situation auf dem Arbeitsmarkt zu sehen.

Sozialhilfeempfänger insgesamt (inkl. Vorleistungsempfänger)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

----- Kurzinformation -----

**Fast jeder zweite Wahlhelfer ist eine Frau**

Thomas Schwarz

An Wahlsonntagen sind in Stuttgart rund 2500 Wahlhelfer im Einsatz. Sie sind verteilt auf 349 allgemeine Wahlbezirke und 83 Briefwahlbezirke, die jeweils im Regelfall aus sechs Mitgliedern bestehen.

Beinahe jeder zweite Wahlhelfer (47 %) in Stuttgart ist eine Frau. Damit sind Frauen nur geringfügig unterrepräsentiert als Wahlhelfer; bei den

Wahlberechtigten beträgt der Frauenanteil nämlich 53 Prozent. Anders das Bild bei den Wahlvorstehern der Wahlbezirke: Hier sind Frauen deutlich unterrepräsentiert, sind doch nur 19 Prozent der Wahlvorsteher weiblichen Geschlechts.

Die Altersverteilung der Stuttgarter Wahlvorstandsmitglieder ist erstaunlicherweise exakt ein Abbild der Altersgliederung der Wahlberechtigten. Etwas mehr als ein Drittel (34 %) ist im Alter 60 +. Unter 30 Jahre sind immerhin 16 Prozent der Wahlhelfer.

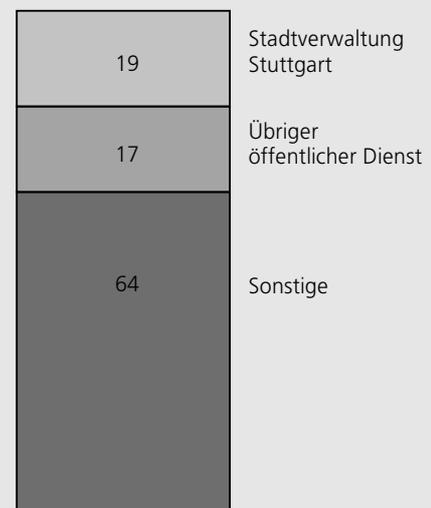
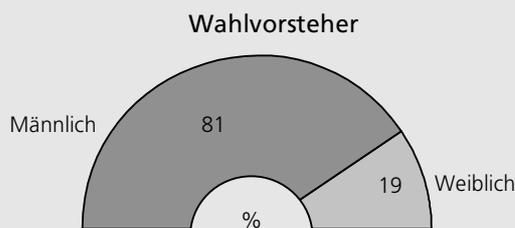
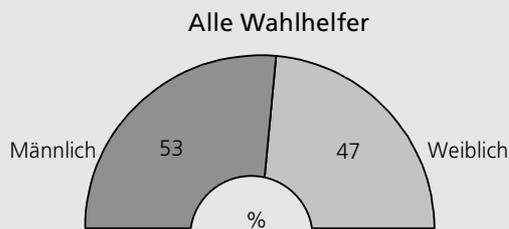
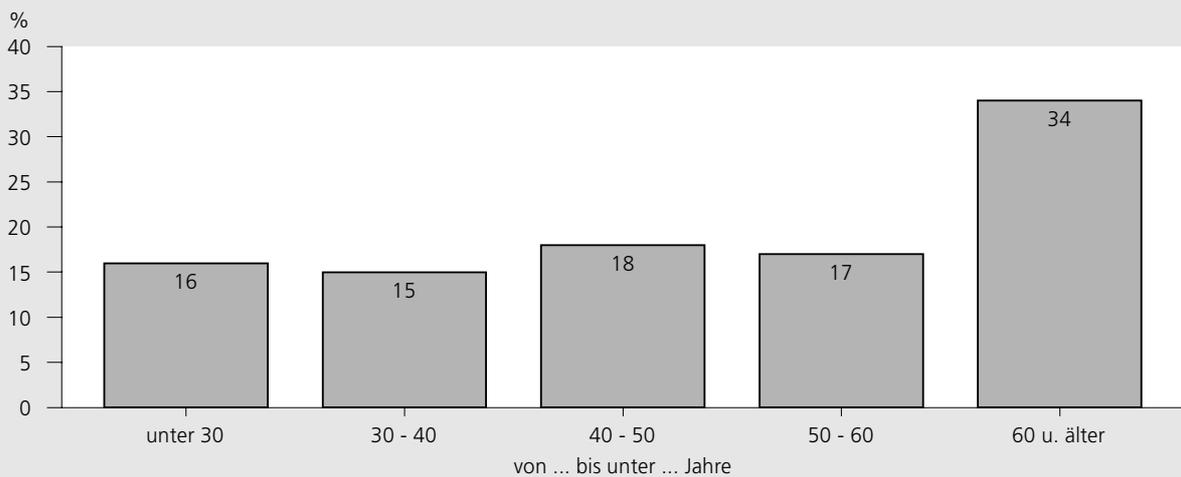
Woher stammen die Wahlhelfer? Knapp jeder fünfte (19 %) Wahlhelfer

in Stuttgart arbeitet bei der Stadtverwaltung; weitere 17 Prozent arbeiten in der Landes- oder Bundesverwaltung bzw. in einer anderen Institution des öffentlichen Dienstes. Annähernd zwei Drittel (64 %) der Mitglieder der Stuttgarter Wahlvorstände arbeiten entweder nicht im öffentlichen Dienst oder sind nicht erwerbstätig (z.B. Schüler, Studenten, Rentner, Pensionäre, Hausfrauen).

Fazit: Die Alters-, Geschlechts- und Beschäftigungsstruktur der Stuttgarter Wahlhelfer stellt ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung dar.

Abbildung 1: Zusammensetzung der ehrenamtlichen Wahlhelfer nach Alter, Geschlecht und Beschäftigungsverhältnis in Stuttgart

284



Stand: OB- Wahl 2004

## Nachfrageorientierung und Qualitätssicherung im Kommunalen Statistischen Informationssystem KOMUNIS

Regina Kepler

### Die Entwicklung des Stuttgarter Modells

Seit 1996 existiert KOMUNIS, das kommunale Informationssystem im Statistischen Amt der Landeshauptstadt Stuttgart. Es wurde im Auftrag des Gemeinderats eingerichtet, um zunächst die Führungsspitze in Politik und Verwaltung bei ihren Entscheidungen und Steuerungsaufgaben mit konsolidierten Fakten und Informationen zu versorgen. Dabei wurde ein bis zum heutigen Tag in Deutschland einmaliger Weg beschritten. Mithilfe eines „konfektionierten“ Angebots gemäß dem Pareto-Prinzip der 80:20-Regel sollten die Hauptinformationsbedürfnisse der Anwender ad hoc zufrieden gestellt werden können. Angestrebtes Ziel war, zumindest ein Teil der stark gestiegenen Anfragen an das Statistische Amt mit vorgehaltenen relevanten Informationen im System abdecken zu können.

Kundenorientierte, von den Experten in den Sachgebieten des Statistischen Amtes aufbereitete Informationen wurden in Dokumenten mit Standardformaten (z. B. Excel oder PDF) in einem Dokumentenmanagementsystem (DMS) namens DOCS Open zugänglich gemacht.

Das DMS verwaltet in einer Oracle-Datenbank Meta-Informationen, mit denen auch ein ungeschulter Anwender über eine Eingabemaske viele komfortable Suchmöglichkeiten nach seinen gesuchten Informationen hat („Problemadäquanz“). Zugleich können Dokumente nahezu beliebiger Anwendungen eingestellt werden. Dadurch bietet sich die Möglichkeit, in KOMUNIS nicht nur „Daten und Fakten“ einzustellen, sondern neben den Tabellenwerken auch Publikationen, Diagramme, thematische - einschließlich interaktiver - Karten und

animierte Präsentationen zu verschiedenen Sachverhalten zu hinterlegen.

### Drei Wege zu den Informationen in KOMUNIS

Wie werden nun die Informationen an den Mann und die Frau gebracht? Als Erstes über den DMS-Client von DOCS Open. Das wird als „Direktanschluss“ bezeichnet. Die Vorteile des Direktzugangs sind ausgezeichnete, sehr individuelle Recherchemöglichkeiten im System und die Möglichkeit für Informations-Autoren und -Ersteller ihre Dokumente selbst zu aktualisieren. Nachteilig sind die Lizenzkosten und die Notwendigkeit sich auf ein neues, weiteres Programmsystem mit anderer Navigation und zunächst ungewohnter Bedieneroberfläche einzustellen. Aus diesen Überlegungen heraus konnten nach Entwicklung einer Lotus-Notes- und Browserlösung die relativ teuren Direktanschlüsse beschränkt werden auf Anwender im Statistischen Amt und einige wenige Anwender in anderen Ämtern. In der Regel handelt es sich um den Personenkreis, der selbst Informationen ins System stellt und dort pflegt, sowie Stabsstellen der Amtsleitung und die Fraktionsgeschäftszimmer.

Die zweite Zugriffsplattform für die Masse der städtischen Anwender (ca. 5000 vernetzte PC-Arbeitsplätze) ist seit Juli 2002 Lotus Notes, welches standardmäßig als Mail- und Organizer-System an allen Arbeitsplätzen verfügbar ist. Das bedeutet für die Anwender auch eine vertraute Oberfläche. Der Zugang zu KOMUNIS liegt an zentraler Stelle auf der Willkommenseite von Lotus Notes und ist somit einfach zu erreichen. Eine Sonderform des Lotus-Notes-Zugangs sei noch erwähnt: Für die Gemeinderäte der Landeshauptstadt Stuttgart wurde

ein eigener Einstiegspunkt in deren Parlaments-DV-System CUPARLA erzeugt, der auch einen Offline-Betrieb nach Replikation auf deren Notebooks erlaubt.

Die zugrunde liegende Lotus-Notes-Datenbank („Domino-Datenbank“), die jede Nacht aktuell aus der original KOMUNIS-Datenbank gespeist wird, ist 1:1 verwendbar für die Darstellung im so genannten städtischen Online-Informationsservice SOLID. Das ist das über Browser zugängliche Intranet der Stadtverwaltung. Somit wäre die dritte Zugriffsplattform neben „Direktzugriff“ und Lotus Notes genannt. Der technisch gesehen zukunftssichere und moderne Zugriff über einen Browser hat für die Anwender noch ein kleines Handicap: Der Eintrittslink zu KOMUNIS liegt bisher noch nicht an vergleichbar zentraler Stelle wie in Lotus Notes.

### Fragestellungen zur Akzeptanz und Frequentierung

Diese im Laufe der Zeit gewachsene Systemwelt macht es notwendig, dass ständig qualitätssichernde Maßnahmen erfolgen. Das beinhaltet nicht nur technische Aspekte, die hier nicht betrachtet werden sollen, sondern auch inhaltliche und anwenderbezogene. Die beiden letzt genannten Aspekte erfordern eine laufende bzw. periodische Evaluierung, um den Vertrauensschutz zu erhalten, den KOMUNIS genießt. Dazu gehört, zur Vermeidung von „Zahlenwüsten“ oder „Informationsfriedhöfen“, die Bewertung der nachgefragten bzw. der weniger benötigten Informationen genauso wie die möglichst genaue Kenntnis der Bedürfnisse der unterschiedlichen Nutzergruppen von KOMUNIS.

Mit den folgenden Betrachtungen soll den Fragen nachgegangen werden:

- Wird das Angebot in KOMUNIS von den Nutzern angenommen?
- Welcher Zugang (Lotus Notes oder Intranet) wird von den Anwendern vorgezogen?
- Stößt die Breite des Angebotes auf das Interesse der Nutzer?
- Wo liegen die Schwerpunkte?

Um dies zu untersuchen, wurden im ersten Halbjahr 2004 die Zugriffe auf das kommunale Informationssystem KOMUNIS entsprechend der Themen- und Fächerstruktur protokolliert und ausgewertet. Gegenstand der vorliegenden Auswertung sind Aufrufe von KOMUNIS-Informationen über die drei Zugriffswege Lotus Notes, das städtische Intranet SOLID und den Direktanschluss mit DOCS OPEN.

Zugriffe über CUPARLA wurden aus Datenschutzgründen nicht erfasst, da diese lokal auf den Notebooks der Gemeinderäte stattfinden. Bei den Zugriffen über DOCS Open wurden nur jene berücksichtigt, die von Kunden außerhalb des Statistischen Amtes getätigt wurden. Auch blieben die Zugriffe über das Internet in dieser Auswertung außer Betracht, da dort ein vereinfachtes Informationsangebot vorgehalten wird, das sich sehr vom Intranet unterscheidet und nicht vergleichbar ist.

Im Laufe des ersten Halbjahres 2004 hat sich der Dokumentenbestand bis zum Stichtag 30.06.2004 von 1435 auf 1539 Dokumente erhöht. Prozentangaben im Text beziehen sich auf den Endbestand.

## **Untersuchung der Zugriffe auf die Einzeldokumente, Themen und Fächer**

### **1. Streuung der Zugriffe auf Einzeldokumente**

Die Analyse zeigt, dass 59 Prozent der Dokumente im Untersuchungszeit-

raum geöffnet wurden. 32 Prozent aller Dokumente (55 % der aufgerufenen) wurden nur ein oder zwei Mal aufgerufen. Demnach verteilen sich die Aufrufe auf eine große Zahl von Dokumenten. Der Umfang des Angebotes entspricht den Wünschen der Nutzer, ganz unterschiedliche Fragestellungen veranlassen die Mitarbeiter, in KOMUNIS Informationen abzurufen.

### **2. Top 20 - die zwanzig am häufigsten aufgerufenen Dokumente**

Übersicht 1 zeigt jene 20 Dokumente, die am häufigsten aufgerufen wurden. Bereits hier kristallisieren sich Interessenschwerpunkte heraus. Der überwiegende Teil dieser Dokumente sind Excel-Tabellen, meist aus der Kategorie „Aktuelle Tabellen und Zeitreihen“. Sechs Dokumente enthalten Monatszahlen. Für die Leser besonders interessante Dokumente stellen also laufend aktuell gehaltene Tabellen dar. Ebenso schenken die Leser außergewöhnlichen Dokumententypen Beachtung (Pivot-Tabellen, animierte Präsentationen, interaktive thematische Karten). Auch eine Veröffentlichung war unter den 20 begehrtesten Dokumenten. Jedoch wird deutlich, dass für ausführlichere Analysen das Printmedium erste Wahl bleibt.

Als besonderen Themenschwerpunkt deutet sich schon bei dieser Betrachtung das Thema „Einwohner/Bevölkerung“ mit sieben Dokumenten an. Drei von den Top 20 waren Tabellen zu Sozialhilfeneempfängern, vier hatten mit Wahlen zu tun.

### **3. Verteilung der Aufrufe nach Themen und Unterthemen**

Die KOMUNIS-Informationen sind sortiert nach 14 Themen mit 61 Unterthemen. Ist die Informationsbreite von den Nutzern gewünscht? Bei der weiteren Betrachtung soll berücksichtigt werden, dass es eine unterschiedliche Anzahl an Dokumenten zu den verschiedenen Themen gibt. Daher wurde stets nicht nur der prozentuale An-

teil an den Aufrufen betrachtet, sondern es wurde der prozentuale Anteil am Dokumentenbestand mit einbezogen (Abbildungen 1 und 2). KOMUNIS-Anwender interessieren sich für alle Themen und fast alle Unterthemen, die Bandbreite scheint also erwünscht. Auch hier gibt es Interessenschwerpunkte. Es wiederholt sich teilweise der Eindruck, den man bereits aus der Betrachtung der zwanzig am häufigsten aufgerufenen Dokumente gewinnen konnte.

Mit Abstand am häufigsten geöffnet wurden Dokumente zum Thema „Einwohner/Bevölkerung“, und zwar zum Unterthema „Einwohnerbestand“. Die aktuellen Einwohnerzahlen sind von ganz herausragendem Interesse für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Aus dem sehr umfangreichen Thema „Wirtschaft/Beschäftigung/Erwerbstätigkeit“ waren die Unterthemen „Preise/Preisindex/Kaufkraft/Einkommen“ mit dem Dokument zum Verbraucherpreisindex und „Arbeitslose/Kurzarbeiter/offene Stellen“ mit den Tabellen zu den aktuellen Arbeitslosenzahlen am meisten gefragt. Aus dem Thema „Bildung/Gesundheit/Rechtspflege/Soziales“ stand das Unterthema „Soziales“ mit den Sozialhilfedaten im Vordergrund. Auch die „Bildungseinrichtungen“ wurden recht häufig geöffnet. Ebenso war das Thema „Bauen und Wohnen“ für die Anwender von Interesse, die Aufmerksamkeit verteilte sich auf vier Unterthemen. Der große Zuspruch zum Thema „Wahlen“ ergab sich wohl aus aktuellem Anlass, da im Juni 2004 Gemeinderats-, Europa- und Regionalwahlen stattfanden. Überraschend groß war das Interesse am Thema „Geografische und meteorologische Daten“, hier vor allem am Unterthema „Lage und Gebietsgliederung“, in geringerem Umfang auch das Unterthema „Flächennutzung und Siedlungsstruktur“. Hier wird KOMUNIS offensichtlich als allgemeines Nachschlagewerk benutzt. Schließlich war auch zum Thema „Umwelt“ die Nachfrage im Verhältnis zum Dokumentenbestand groß.

übersicht 1: Top 20 - die zwanzig am häufigsten aufgerufenen Dokumente im ersten Halbjahr 2004

Dokumentname	Fach/Kategorie
Verbraucherpreisindex für Baden-Württemberg (seit 1968) und Deutschland (seit 1991) auf Basis 2000 und Umrechnung auf frühere Basisjahre - Monatsdaten	Tabellen mit Indikatoren/ Vergleichswerten
Wohnberechtigte Personen in Stuttgart seit 1986 nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit	Präsentationen
Fortgeschriebene Einwohnerzahlen in Stuttgart 2004 nach Stadtbezirken, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Veränderungen zum Monat des Vorjahres - Monatsdaten	Aktuelle Tabellen und Zeitreihen
Ergebnisse der Bundestagswahl 2002 nach Wahlkreisen, Stadtbezirken und Wahlbezirken	interaktive thematische Karten
Fortgeschriebene Einwohnerzahlen in Stuttgart 2004 - nach Stadtteilen, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Veränderungen zum Monat des Vorjahres - Monatsdaten	Aktuelle Tabellen und Zeitreihen
Wahl des Gesamtpersonalrats Verwaltung und des Gesamtpersonalrats Klinikum 2000 - Wahlberechtigte/Wähler/Wahlbeteiligung	Aktuelle Tabellen und Zeitreihen
Gewählte Stuttgarter Gemeinderäte bei den Gemeinderatswahlen seit 1946	Aktuelle Tabellen und Zeitreihen
Arbeitslose in Stuttgart seit 1980 nach Altersgruppen	Präsentationen
Amtliche Einwohnerzahl in Stuttgart seit 1950 nach Geschlecht	Aktuelle Tabellen und Zeitreihen
Stuttgarter Mietspiegel 2000	Tabellen zu lokalen Erhebungen
Sozialhilfedichte und Empfänger von laufender Sozialhilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen der Sozialhilfe in den Stuttgarter Stadtbezirken seit 1997	Aktuelle Tabellen und Zeitreihen
Stuttgarter Stadtteile 2003	Thematische Karten
Anzahl kontaminierter und kontaminationsverdächtiger Flächen nach Erkundungsstand und Handlungsbedarf in Stuttgart seit 2002	Aktuelle Tabellen und Zeitreihen
Ausländer in Stuttgart seit 1995 nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen	Aktuelle Tabellen und Zeitreihen
Personenkraftwagen in Stuttgart 2002 nach Stadtbezirken und allen Merkmalen	Pivot-Tabellen
Empfänger von Sozialhilfe - laufende Hilfe zum Lebensunterhalt - außerhalb von Einrichtungen in Stuttgart seit 2000 - Monatsdaten	Aktuelle Tabellen und Zeitreihen
Sozialhilfedichte und Empfänger von laufender Sozialhilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in den Stuttgarter Stadtteilen seit 2000	Aktuelle Tabellen und Zeitreihen
M03_1999 Personelle Veränderungen im Stuttgarter Gemeinderat seit 1994 (1 S.)	Veröffentlichungen
Fortgeschriebene Einwohnerzahlen in Stuttgart 2003 - nach Stadtteilen, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Veränderungen zum Monat des Vorjahres - Monatsdaten	Aktuelle Tabellen und Zeitreihen
Fortgeschriebene Einwohnerzahlen in Stuttgart 2003 nach Stadtbezirken, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Veränderungen zum Monat des Vorjahres - Monatsdaten	Aktuelle Tabellen und Zeitreihen

Abbildung 1: KOMUNIS - Zugriffshäufigkeiten im 1. Halbjahr 2004 nach Themen

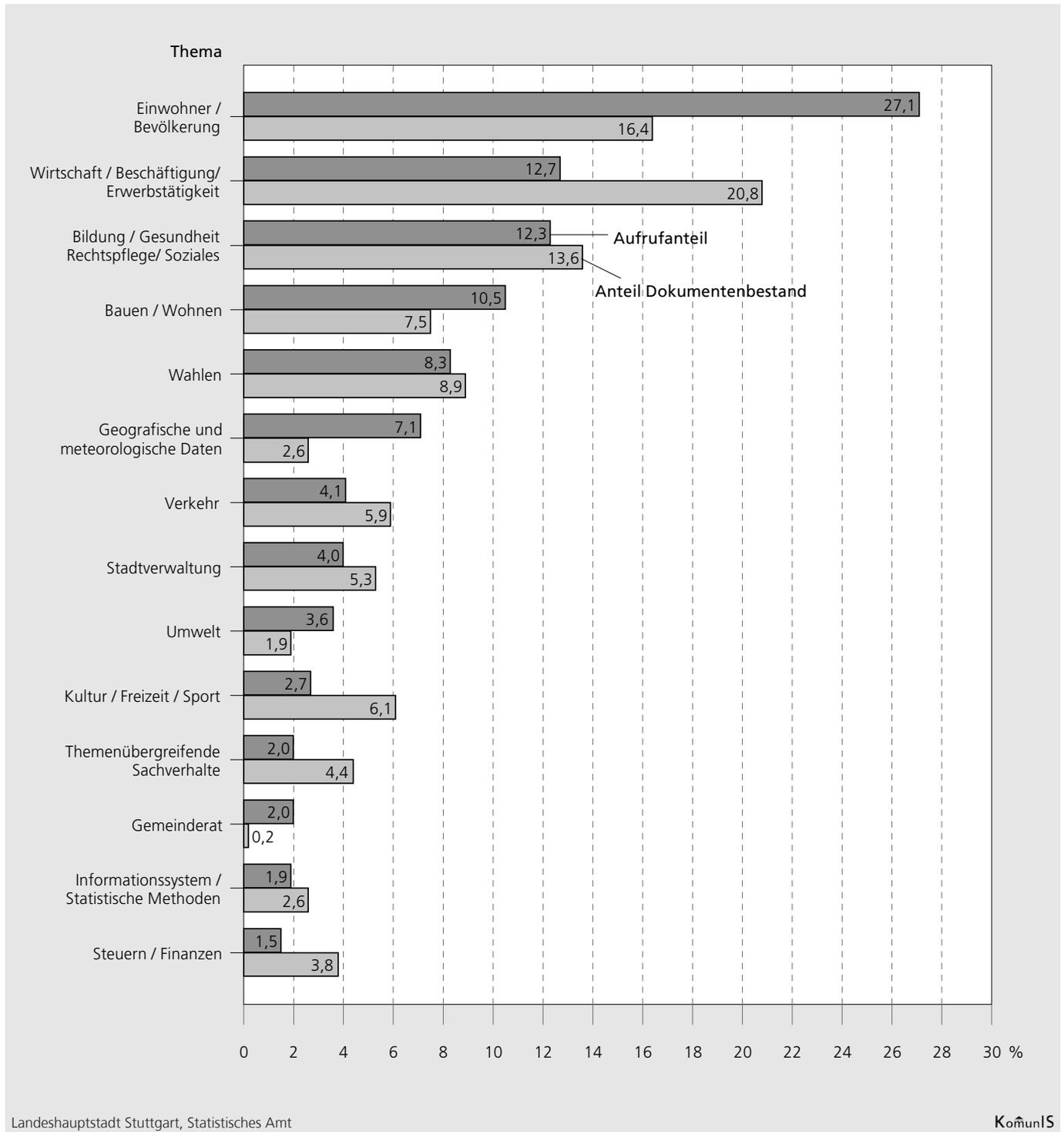
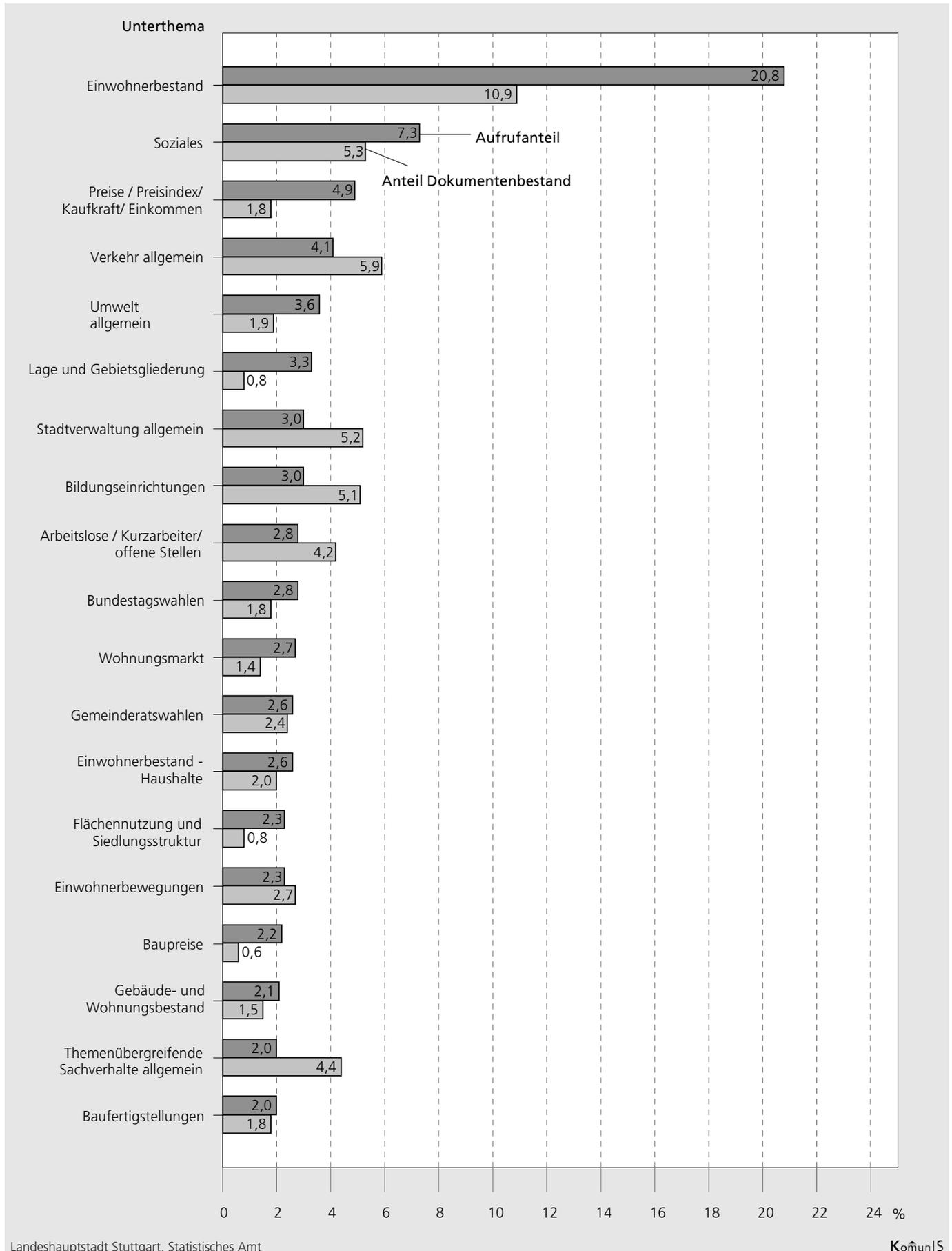


Abbildung 2: KOMUNIS - Die am häufigsten nachgefragten Unterthemen im 1. Halbjahr 2004 (Aufrufanteil > 2 %)



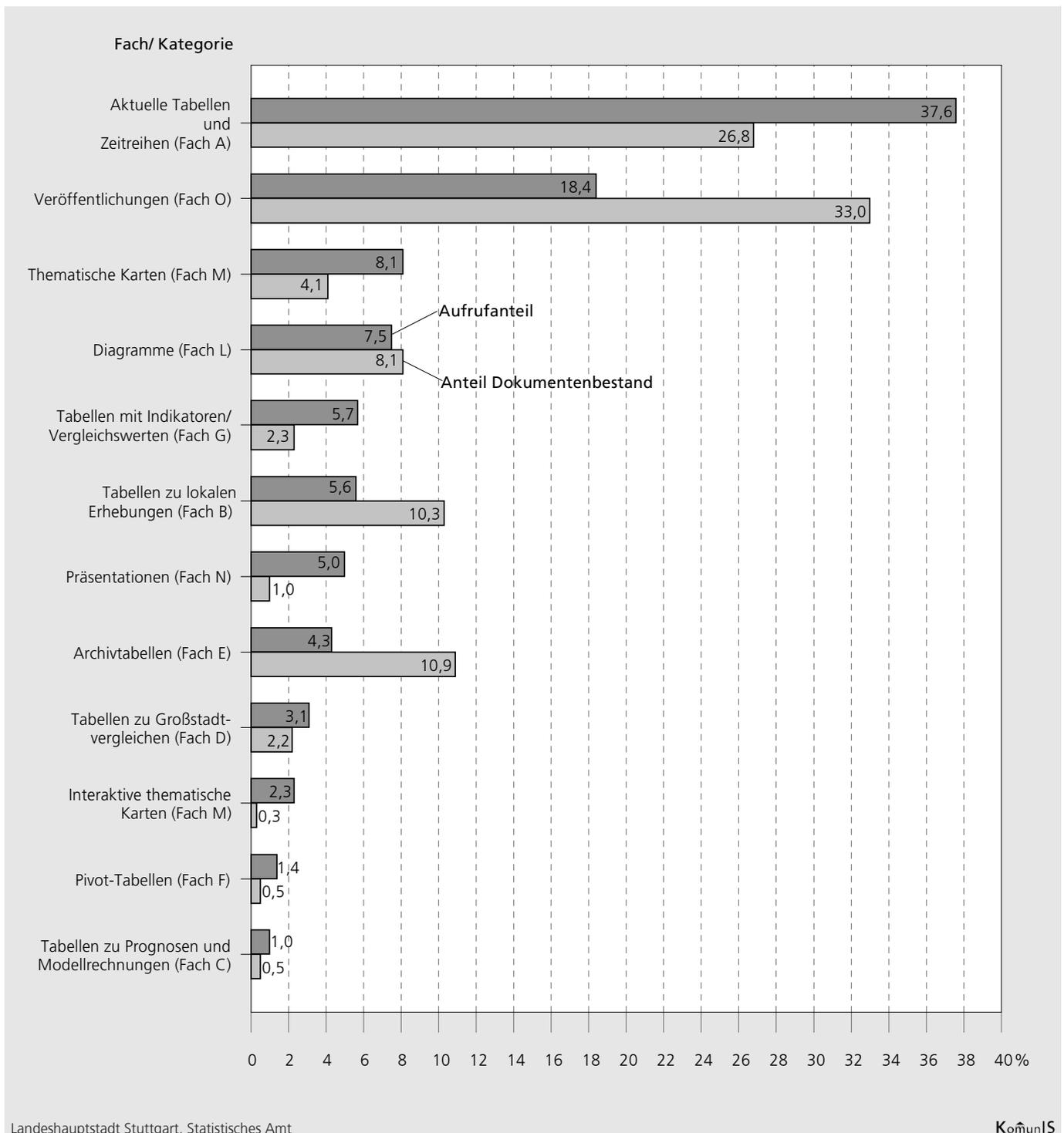
#### 4. Aufrufe nach Fach/Kategorie

Welche Art der Informationsaufbereitung und der Veranschaulichung trifft auf das besondere Interesse der Kunden? Bei der Sortierung nach Fach/Kategorie spiegelt sich die Art wieder, wie Informationen in KOMUNIS auf-

bereitet und letztendlich dargestellt werden (Dokumenttyp). Bei den Fächern/Kategorien A bis G handelt es sich um Excel-Tabellen, die weiteren Fächer enthalten andere Dokumenttypen. Besonders bei dieser Analyse ist zu berücksichtigen, dass es zu den unterschiedlichen Kategorien eine

unterschiedliche Anzahl an Dokumenten gibt. Die Zugriffshäufigkeiten werden hier stets im Verhältnis zum Dokumentbestand betrachtet. In Fach/Kategorie M werden die Dokumenttypen „Thematische Karte“ und „Interaktive thematische Karte“ unterschieden (Abbildung 3).

Abbildung 3: KOMUNIS - Zugriffshäufigkeiten im 1. Halbjahr 2004 nach Fach/ Kategorie



Zunächst fällt auch hier auf, dass alle Fächer nachgefragt wurden. Die unterschiedliche Aufbereitungsart der Informationen wird von den Nutzern angenommen. Die Kategorien „Aktuelle Tabellen und Zeitreihen“ und „Veröffentlichungen“ enthalten die meisten Dokumente. Bei der Betrachtung der Aufrufe zeigt sich ein deutlicher Unterschied. Die Excel-Tabellen unter „Aktuelle Tabellen und Zeitreihen“ wurden mehr als doppelt so oft aufgerufen wie die Veröffentlichungen, obwohl der Dokumentenbestand bei den Veröffentlichungen größer ist. Wie schon die Betrachtung der Top 20 zeigte, interessieren sich die Leser beim Online-Zugriff häufiger für Tabellen mit ständig aktuell gehaltenen Zeitreihen.

Groß war auch das Interesse an Tabellen aus der Kategorie „Tabellen mit Indikatoren/Vergleichswerten“, wenn man bedenkt, dass dieses Fach erst im März 2004 eingerichtet wurde. Die Tabellen in dieser Kategorie entsprechen den Wünschen der Nutzer nach aussagekräftigen, schnell zu erfassenden Informationen.

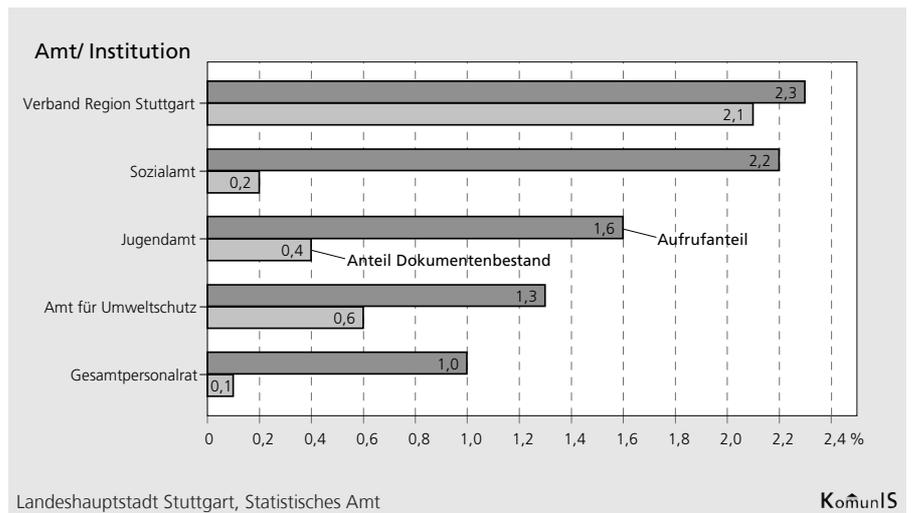
Häufig nachgefragt im Verhältnis zum Dokumentbestand wurden auch thematische Karten, besonders die interaktiven thematischen Karten, sowie Pivot-Tabellen und animierte Präsentationen; also Dokumententypen, die nur online möglich sind. Ein großer Vorteil dieses Mediums ist, dass Informationen laufend aktuell gehalten werden können. Außerdem sind interaktive Dokumente und solche mit zeitlichem Ablauf möglich. Diese Vorteile wissen die städtischen Mitarbeiter zu schätzen, die über KOMUNIS ihre Informationen einholen. Sie bevorzugen typische Online-Dokumente. Ein größeres Angebot an dieser Art der Informationsaufbereitung scheint den Wünschen der KOMUNIS-Kunden entgegenzukommen.

**5. Zugriffe auf Informationen anderer Ämter in KOMUNIS**

Das Statistische Amt bietet anderen Ämtern die Möglichkeit an, ihre Berichte in KOMUNIS allen städtischen Nutzern zugänglich zu machen.

Auch können Tabellen von Autoren außerhalb des Statistischen Amtes und sogar von Einrichtungen außerhalb der Stadtverwaltung gepflegt werden. Ein Vorteil von KOMUNIS für das veröffentlichende Amt und für die Kunden ist, dass das Amt unter eigenem Namen seine Informationen bereitstellen und laufend aktualisieren kann. Auch mit seinen 1539 Dokumenten ist das System überschaubar für die Leser, so dass die gesuchte Information auch gefunden wird. Abbildung 4 vergleicht die Anteile am Dokumentenbestand und mit den Zugriffen, zur besseren Verdeutlichung nur für Institutionen ohne das Statistische Amt.

Abbildung 4: KOMUNIS - Zugriffshäufigkeiten im 1. Halbjahr 2004 nach veröffentlichenden Ämtern/Institutionen



Zwar kommen bisher nur rund drei Prozent aller Dokumente von anderen Ämtern bzw. Institutionen. Der Vergleich zeigt aber, dass die Informationen aus anderen Ämtern durchweg deutlich häufiger aufgerufen wurden, als es dem Anteil am Dokumentbestand entspricht. KOMUNIS stellt für die Ämter eine günstige und komfortable Möglichkeit dar, Dokumente unter dem eigenen Namen zu publizieren und zu verbreiten.

**6. Nutzung durch die gesamte Stadtverwaltung**

Im Laufe des ersten Halbjahres 2004 haben Anwender aus fast allen städtischen Ämtern Dokumente in KOMUNIS

aufgerufen. Das kommunale Informationssystem hält also nicht nur für Stabsstellen und zentrale Referate, sondern für die gesamte Stadtverwaltung nützliche Informationen bereit. Das städtische Intranet bietet nun allen Dienststellen die Möglichkeit, über eine aktuelle Meldung auf der Eingangsseite auf Neues und Aktuelles aufmerksam zu machen. Diese Meldung bleibt in der Regel etwa eine Woche oder etwas länger auf der SOLID-Homepage stehen. Von dieser Möglichkeit wurde vom Statistischen Amt im ersten Halbjahr 2004 elf Mal Gebrauch gemacht. Dabei wurden 73 Dokumente angezeigt. Gegenstand der aktuellen Meldungen waren in der

gemacht worden waren. 63 Prozent aller Aufrufe bezogen sich im SOLID auf Dokumente, die über eine Meldung auf der Eingangsseite abgerufen werden konnten. Diese Zugriffe fanden auch in der Regel in jenen 7 bis 14 Tagen statt, in denen die Meldung auf der Eingangsseite platziert war. Auf Informationen, für die es keine Meldung gab, gab es über das Intranet nur halb so viele Zugriffe wie über Lotus Notes.

Damit unterscheidet sich das Aufrufverhalten zwischen den Notes-Benutzern und SOLID-Benutzern erheblich. Wegen des großen Informationsangebots im Intranet bevorzugen letztere wohl den einfachsten Weg und rufen vor allem jene Dokumente ab, auf die einfach zugegriffen werden kann. Das SOLID dient den Lesern insbesondere dazu, sich über Neues zu informieren. Eine Meldung auf der Homepage des SOLID stellt daher für das Statistische Amt durchaus eine sehr gute Möglichkeit dar, nicht nur auf Neues, sondern auch auf besonders Wichtiges aufmerksam zu machen. Benötigt jedoch ein Leser spezifische Informationen aus KOMUNIS, so wählt er bevorzugt den Weg über Lotus Notes, denn dort ist KOMUNIS leichter und schneller zu finden.

## Fazit und Ausblick

Betrachtet man das Interesse unabhängig von Sondereinflüssen, so zeigte sich, dass vor allem Tabellen mit Zeitreihen gefragt waren. Auch visualisierende oder interaktive Informationsaufbereitung, die mit Dokumententypen wie Pivot-Tabellen, thematischen Karten, interaktiven thematischen Karten und Präsentationen angeboten wurde, war relativ beliebt. Inhaltlich fanden Daten zum Einwohnerbestand das mit Abstand größte Interesse. Großer Beliebtheit erfreuten sich auch die Themen Soziales, Wirtschaft und Bauen/Wohnen.

Beim Zugang zu KOMUNIS muss etwas differenziert werden. Der im Gegensatz zum SOLID zentral und übersichtlich positionierte Einstiegspunkt in Lotus Notes hat offensichtlich positive Auswirkungen auf die Auffindbarkeit durch die Nutzer und auf die Zugriffshäufigkeit in KOMUNIS. Im SOLID zeigten jene Dokumente hohe Aufrufhäufigkeiten, auf die über eine aktuelle Meldung auf der Homepage des Intranets rund eine Woche lang hingewiesen wurde. Besonders hervorzuheben ist, dass die Informationen von der ganzen Stadtverwaltung genutzt werden und dass sich das

Interesse auf alle Themen und Aufbereitungsformen und den überwiegenden Teil der Dokumente verteilt.

Die vorliegende Untersuchung verdeutlicht eine hohe Kundenadäquanz des Angebotes. Dessen ungeachtet geht die Entwicklung weiter. Ziele weiterer Arbeiten sind die Entwicklung von standardisierten Datenmodellen, überregionale Zusammenarbeit sowie die Beseitigung von Schnittstellen zwischen Produktion und Präsentation der Informationen.

Utz Lindemann

# Prognose der Haushalte in Stuttgart 2002 bis 2015

## 1. Vorbemerkungen

*Prognose der Privathaushalte weiteres  
Element der Systemprognose*

Auf der Basis der im Jahr 2002 erarbeiteten Einwohnerprognose folgt nun eine Prognose der Privathaushalte. Neben der Einwohnerzahl ist die Zahl der Haushalte das am häufigsten nachgefragte Merkmal in der Bevölkerungsstatistik. Die Kenntnis möglicher Entwicklungen von Haushaltszahlen und Strukturen bildet eine wichtige Grundlage sowohl für kommunale Planungsaufgaben wie für die Wirtschaft. Haushalte treten als Nachfrager nach Gebrauchsgütern, Infrastruktur und hier besonders nach Wohnraum, aber auch als Investoren auf.

Im kommunalen Bereich stehen Haushaltezahlen normalerweise nur nach Volkszählungen zur Verfügung, so zuletzt 1987. Angesichts der Bedeutung von aktuellen Informationen über Haushalte und ihre zukünftige Entwicklung wurde von der Städtestatistik unter wesentlicher Beteiligung des Stuttgarter Statistischen Amtes ein Verfahren zur Generierung von Haushalten aus den Daten des Melderegisters entwickelt<sup>1</sup>. Mit diesem Verfahren können Gemeinden, deren Statistikdatensatz die Voraussetzungen zum Einsatz des Verfahrens erfüllt, zu jedem Zeitpunkt Haushalte generieren und auf kleinräumiger Ebene inhaltlich tief gegliederte Daten der Haushalte für statistische Analysen bereitstellen. Seit 2003 können darüber hinaus auf der Basis dieser Haushalteergebnisse mit einem neu entwickelten SIKURS-Prognosemodul<sup>2</sup> Haushalteprognosen berechnet werden. Während die letzte Stuttgarter Haushalteprognose nach dem Haushaltemitglieder-Quotenverfahren erstellt worden ist, kommt diesmal erstmals oben genanntes Prognosemodul zum Einsatz, das bei der Prognose der Haushalte auf den Daten, die die Haushaltegenerierung bereitstellt, basiert. Stuttgart ist Pilotanwender dieser neuartigen Haushalteprognose, bei der die familiären Beziehungen im Vordergrund stehen.

*SIKURS-Haushalteprognose löst  
bisheriges Prognoseverfahren ab*

Die Einwohnerprognose bis 2015 hat vor allem gezeigt, dass der in den 70er-Jahren des letzten Jahrhundert einsetzende demografische Wandel mit dem Eintritt der geburtenschwachen Jahrgänge in das Alter der Haushaltsgründer die nächste Stufe erreicht hat und dass die Bevölkerung weiter altert, schrumpft und vereinzelt. In Teilbereichen der Stadt zeichnet sich zudem eine Heterogenisierung ab. Grundsätzlich ist zu erwarten, dass sich dieser demografische Wandel auch auf das Haushaltebildungsverhalten auswirkt. Ob und wie sich im Prognosezeitraum die Zusammensetzung der privaten Haushalte in Stuttgart ändern und wie groß die Anzahl der Haushalte sein wird, soll diese Prognose aufzeigen.

## 2. Die Haushalteprognose

Voraussetzung für die Berechnung einer Haushalteprognose sind Informationen zur zukünftigen Einwohnerentwicklung und Kenntnisse über die Verteilung der Einwohner auf die verschiedenen Haushaltstypen. Die Einwohnerentwicklung nach Altersjahren und Geschlecht steht in der benötigten Struktur aus der SIKURS-Bevölkerungsprognose<sup>3</sup> zur Verfügung. Zur Analyse der Entwicklung der Haushaltestrukturen werden die in der Haushaltegenerierung festgestellten und dort zur Per-

*Gewinnung der Verhaltensparameter  
Bestandteil des Prognoseprogramms*

sonenzusammenführung genutzten familiären Beziehungen verwendet. In der Vorstufe der Haushalteprognose werden aus den mit Haushaltgenerierungsergebnissen angereicherten Einwohnerbestandsdaten alle zur Prognose nötigen Quoten berechnet. Auf der Basis dieser Quoten können dann mit Zeitreihenanalysen die Annahmen zur künftigen Entwicklung der Haushalte im Prognosezeitraum abgeleitet werden und in die Prognoseberechnung einfließen; siehe dazu auch die Ausführungen zum Prognoseprogramm auf Seite 301.

### 2.1 Bevölkerung in Haushalten aus der Einwohnerprognose

Die Gesamtheit der Personen in Haushalten bilden bei Volkszählungen wie beim Mikrozensus die wohnberechtigten Personen, das sind alle in der Gemeinde gemeldeten Personen; vergleiche dazu auch die Erläuterungen zum Zusammenhang von Einwohnern, Personen ohne eigene Haushaltsführung und Personen in Haushalten auf Seite 301.

*Einwohnerprognose liefert Zahl und  
Altersstruktur der künftigen  
Personen in Haushalten*

Erstmals ist in Stuttgart die Einwohnerprognose 2002 bis 2015 mit allen im Einwohnermelderegister gespeicherten Personen berechnet worden und nicht nur mit den mit Hauptwohnung gemeldeten Personen. Dies hat den Vorteil, aus der Einwohnerprognose sofort und ohne weitere Umrechnungen die Bevölkerung in Haushalten zur Verfügung zu haben.

*Personen ohne eigene Haushaltsführung werden nicht berücksichtigt*

In der Regel beziehen sich Veröffentlichungen zu Haushalten auf „Privathaushalte“. Um diese zu ermitteln, wird von der Wohnberechtigten Bevölkerung die Zahl der „Personen ohne eigene Haushaltsführung“, das sind in der Regel Personen, die in Anstalten leben, abgezogen. Analog zur Einwohnerprognose wird bei der Prognose der Haushalte die Anstaltsbevölkerung im Prognosezeitraum vom Startjahr übernommen und im Prognosezeitraum konstant gehalten, da die Zahl der Personen in Anstalten weniger von den Einwohnern und ihrer Zusammensetzung abhängt, als von der Zahl der angebotenen Plätze in den entsprechenden Einrichtungen. Da im Vorfeld der Prognose keine Informationen zum Bau oder zur Schließung vorhandener Einrichtungen vorlagen, wird davon ausgegangen, dass sich das Platzangebot im Prognosezeitraum nicht nennenswert ändern wird.

Tabelle 1: Personen in Privathaushalten - 2002 bis 2015 aus der Einwohnerprognose

Jahr (31.12)	Einwohnerprognose 2002 bis 2015	
	Einwohner	Personen in Privathaushalten
2002	592 875	583 686
2003	594 221	585 028
2004	593 862	584 692
2005	592 497	583 315
2006	589 920	580 740
2007	587 016	577 832
2008	584 860	575 685
2009	583 457	574 268
2010	582 363	573 172
2011	581 671	572 485
2012	580 779	571 602
2013	579 191	570 007
2014	576 919	567 741
2015	574 520	565 365

## 2.2 Analyse des Haushaltesbildungsverhalten

Seit 1992 werden Haushalte generiert.  
Seit 2004 werden nur noch „Privat-  
haushalte“ nachgewiesen

In Stuttgart werden seit 1992 regelmäßig mit den in der Einwohnerstatistik-Bestandsdatei gespeicherten Informationen Haushalte nach dem Verfahren HHGen generiert. Der in die Generierung eingehende Personenkreis wird vorab so aufbereitet, dass die generierten Haushalte weitgehend dem Begriff des Privathaushalts entsprechen. Die Privathaushalte lösen die bisher veröffentlichten Wohnungsmarkthaushalte ab, die nur noch intern zur Ermittlung des Wohnungsbedarfs Verwendung finden. Die Zeitreihe der Privathaushalte ist deshalb rückwirkend ab 1992 neu aufgebaut worden.

Tabelle 2: Privathaushalte 1992 bis 2001 nach der Zahl der Personen

Jahr (31.12)	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 oder mehr Personen	Haushalte insgesamt	Personen in Haushalten	Personen je Haushalt
1992	143 078	77 290	40 929	28 401	12 528	302 226	601 494	1,99
1993	142 257	77 382	40 184	28 038	12 359	300 220	596 095	1,99
1994	141 638	77 195	39 613	27 643	12 045	298 134	590 088	1,98
1995	141 533	76 938	38 951	27 189	12 009	296 620	585 426	1,97
1996	141 980	77 448	38 580	27 099	11 948	297 055	585 116	1,97
1997	141 970	77 574	37 928	26 934	11 844	296 250	582 222	1,97
1998	142 997	77 799	37 111	26 568	11 696	296 171	578 977	1,95
1999	142 626	77 224	36 724	26 375	11 814	294 763	576 169	1,95
2000	144 509	77 424	36 770	26 397	11 665	296 765	577 764	1,95
2001	147 179	77 703	36 650	26 466	11 638	299 636	580 738	1,94

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KoMunIS

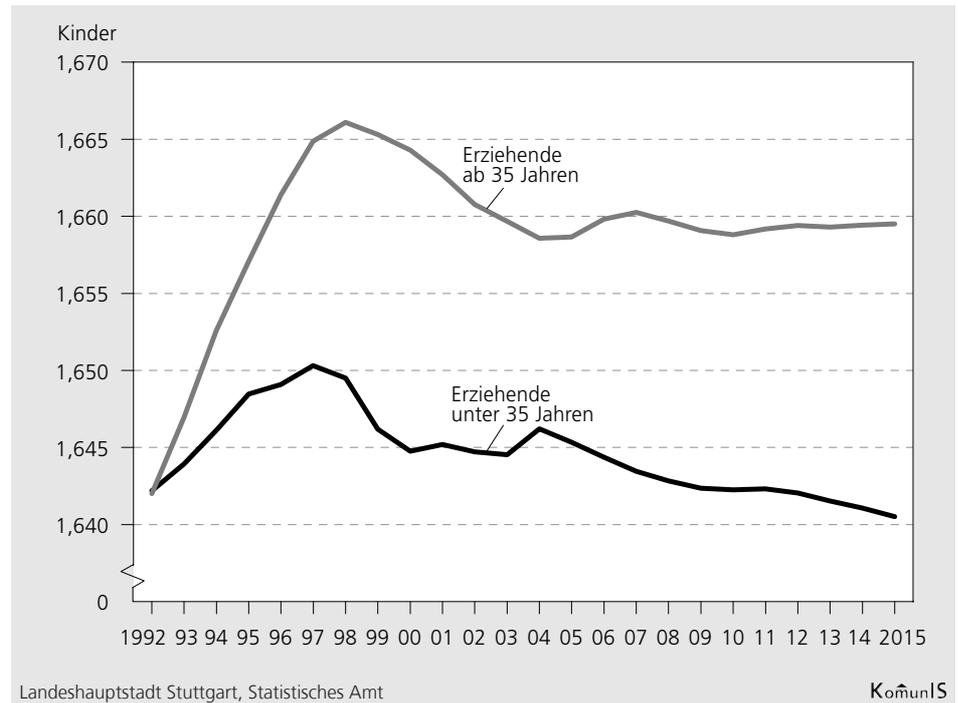
Je länger der Stützzeitraum, desto  
sicherer sind die Prognoseergebnisse.  
Technisch reichen die Verhaltenspara-  
meter eines Analysejahres

Mit der Zeitreihe der Jahre 1992 bis 2001 stehen in Stuttgart für die Prognose Haushaltesdaten der letzten zehn Jahre zur weiteren Analyse bereit. Mit dem in das Prognoseprogramm integrierten Analysemodul werden diese Einwohnerbestandsdateien aufbereitet und pro Analysejahr zahlreiche Indikatoren ausgegeben. Diese Daten werden dann mit gebräuchlichen statistischen Methoden wie der Trendextrapolation weiter aufbereitet, um die nötigen Quoten und Indikatoren für die Prognose zu ermitteln.

Die Haushaltesprognose unterscheidet zwischen Basisindikatoren, die die „Strukturproportionen“ der Vergangenheit widerspiegeln, die während des gesamten Prognoselaufs konstant bleiben und möglichst vom letzten Jahr des Analysezeitraums übernommen werden sollen, sowie Indikatoren, die für jedes Prognosejahr neu vorgegeben werden können, um so die getroffenen Annahmen zum künftigen Haushaltesbildungsverhalten einfließen zu lassen.

Der beispielhaft ausgewählte Indikator „Durchschnittliche Zahl der Kinder bei **verzeigten** Erziehenden“ zeigt die Entwicklung und die darauf basierenden Annahmen zur möglichen Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der Kinder unter 18 Jahren in Familien mit Kindern im Prognosezeitraum für Mütter unter 35 Jahren und Mütter ab 35 Jahren (vgl. Abbildung 1). Unter dem Begriff „**verzeigt** mit einem Erziehenden“ ist eine aus dem Einwohnermelderegister übernommene Mutter-Kind-Beziehung zu verstehen. In der Prognose wird damit festgelegt, wie sich künftig Kinder unter 18 Jahren auf die Familien verteilen. Bei einer vorgegebenen Zahl von Kindern bedeuten kleinere Werte mehr Familien mit weniger Kindern - größere Werte weniger Familien mit mehr Kindern.

Abbildung 1: Indikator Q 1 - Durchschnittliche Zahl der Kinder bei „verzeigerten“ Erziehenden



Besonders bei den 35-jährigen oder älteren Erziehungsberechtigten stabilisiert sich die durchschnittliche Zahl der Kinder unter 18 Jahren bei 1,66 pro Familie mit Kindern.

Analog zum obigen Indikator müssen weitere 21 Einzelwerte des auf Seite 303 abgebildeten Indikatorensets analysiert, bewertet und gegebenenfalls für jedes Prognosejahr ermittelt werden.

### 3. Prognosevarianten - Annahmen

Zwei Varianten wurden gerechnet und analysiert. In einer **Status-quo-Variante (Variante 1)** wurden die über den gesamten Prognosezeitraum gültigen Strukturproportionen vom Basisjahr der Prognose, dem Jahr 2001, verwendet. Als variable Indikatoren wurde das Indikatorenset des Jahres 2001 unverändert über den gesamten Prognosezeitraum angenommen.

*Variante 2 stützt sich auf eine Zeitreihe ab 1992*

In der **Variante 2** sind als Basisindikatoren die gemittelten Strukturproportionen der Jahre 2001 bis 2003 verarbeitet worden. In die Prognose der veränderlichen Indikatoren ist die bereinigte Zeitreihe ab 1992 eingegangen und per Trendextrapolation bis zum Zieljahr der Prognose, dem Jahr 2015, verlängert worden. Die veränderlichen Indikatoren wurden für jedes einzelne Prognosejahr ermittelt und vorgegeben. Dabei ist angenommen worden, dass die Zahl der kleinen Haushalte weiter steigen und somit die Zahl der Haushalte trotz sinkender Einwohnerzahlen kaum sinken wird.

#### 3.1 Variante 1: Status-quo-Variante

Das Ergebnis der Status-quo-Variante ist insgesamt gesehen schon recht gut, wenn man berücksichtigt, dass als „Variable Indikatoren“ die Werte von 2001 als konstant angenommen worden sind und somit nur ein minimaler Analyseaufwand investiert werden muss. Der Verlauf der Entwicklung der Zahl der Haushalte ist durchaus realistisch. Das Ergebnis eignet sich vor allem für einen schnellen Informationsgewinn. Erst bei der weiteren Analyse der Haushaltstruktur zeigt sich, dass die Einpersonenhaushalte zu stark dominieren und der zu erwartende demografische Wandel nicht vollständig abgebildet wird.

Tabelle 3: Ergebnisse der Varianten der Haushalteprognose im Vergleich

Jahr (31.12.)	Variante 1: Status-quo- Variante	Variante 2: Wahrscheinliche Variante	Personen in Haushalten
2002	301 150	300 275	583 686
2003	302 420	301 010	585 028
2004	303 050	301 131	584 692
2005	303 180	301 325	583 315
2006	302 800	301 150	580 740
2007	302 108	300 621	577 832
2008	301 867	300 471	575 685
2009	301 890	300 528	574 268
2010	301 970	300 573	573 172
2011	302 252	300 862	572 485
2012	302 388	301 029	571 602
2013	302 146	300 748	570 007
2014	301 638	300 237	567 741
2015	301 063	299 640	565 365

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KoMunIS

### 3.2 Variante 2: Wahrscheinliche Entwicklung

Die Zahl der Haushalte liegt in Variante 2 etwas unter der Status-quo-Variante und nimmt gegen Ende des Prognosezeitraums etwas stärker ab. Der Verlauf der Entwicklung ist wahrscheinlich. Die Entwicklung nach der Struktur und der Größe der Haushalte entspricht den Erwartungen.

297

### 3.3 Ausgewählte Variante 2: Wahrscheinliche Entwicklung

Prognosevariante 2 zur weiteren  
Analyse ausgewählt

Als wahrscheinliche Entwicklung wurde die Variante 2 ausgewählt. Mit den sehr differenziert ausgeformten Annahmen scheint sie die künftige Entwicklung am besten abzubilden.

Tabelle 4: Prognose der Privathaushalte 2002 bis 2015 in Stuttgart nach der Zahl der Personen

Jahr (31.12.)	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 oder mehr Personen	Haushalte insgesamt	Personen in Haushalten	Personen je Haushalt
2002	146 485	78 582	36 704	26 760	11 744	300 275	583 686	1,94
2003	146 351	79 651	36 548	26 724	11 736	301 010	585 028	1,94
2004	146 122	80 576	36 161	26 565	11 707	301 131	584 692	1,94
2005	146 579	81 055	35 824	26 288	11 579	301 325	583 315	1,94
2006	146 972	81 487	35 406	25 891	11 394	301 150	580 740	1,93
2007	147 098	81 773	35 011	25 520	11 219	300 621	577 832	1,92
2008	147 530	81 975	34 671	25 208	11 087	300 471	575 685	1,92
2009	148 037	82 104	34 413	24 979	10 995	300 528	574 268	1,91
2010	148 419	82 220	34 217	24 791	10 926	300 573	573 172	1,91
2011	148 958	82 376	34 047	24 617	10 864	300 862	572 485	1,90
2012	149 415	82 521	33 853	24 441	10 799	301 029	571 602	1,90
2013	149 568	82 601	33 610	24 241	10 728	300 748	570 007	1,90
2014	149 685	82 612	33 328	23 985	10 627	300 237	567 741	1,89
2015	149 771	82 554	33 044	23 737	10 534	299 640	565 365	1,89

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KoMunIS

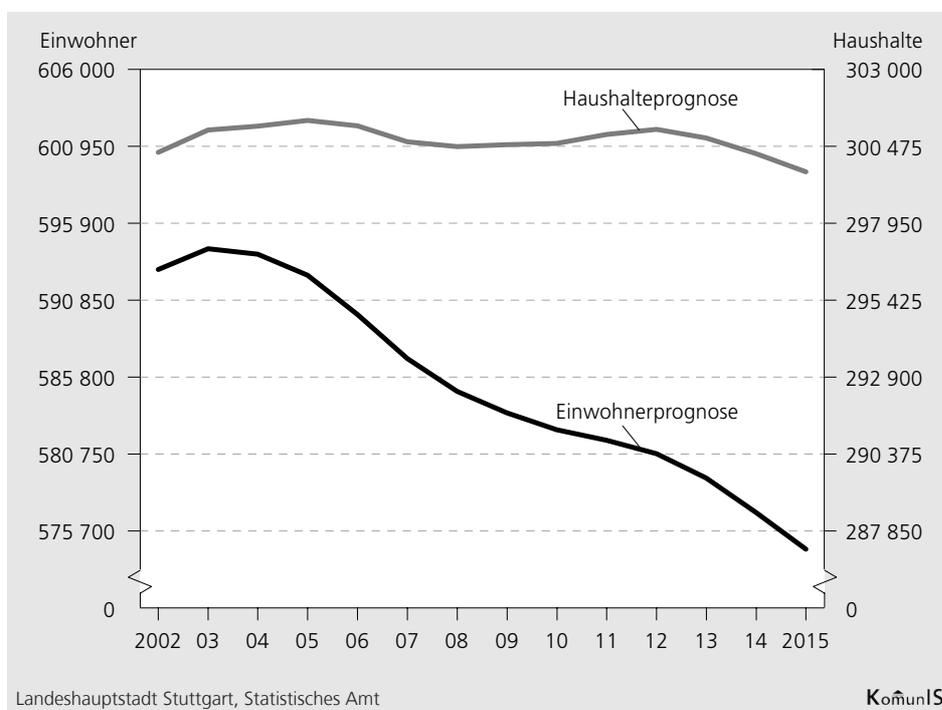
#### 4. Die Prognoseergebnisse: Entwicklung und Struktur der Haushalte bis 2015

*Trotz sinkender Einwohnerzahl sinkt die Zahl der Haushalte bis 2015 kaum*

Zunächst ist festzustellen, dass die Zahl der Haushalte im Prognosezeitraum dem Ergebnis der Einwohnerprognose folgt und bis 2006 noch über 301 000 steigt, um dann auf 299 600 zu sinken. Gegenüber dem Höchststand ist dies ein Rückgang um 0,6 Prozent; im Vergleich zum Basisjahr 2001 ist die Veränderung eher unbedeutend. Nach dem Anstieg bis 2005 sinkt die Zahl der Personen in Haushalten mit drei Prozent dagegen deutlich stärker als die Zahl der Haushalte. Doch eine ähnliche Entwicklung zeigen auch die beobachteten Daten von 1992 bis 2001. Die Zahl der Haushalte sinkt zwar auch, aber deutlich geringer als die Zahl der Einwohner (vgl. Abbildung 2). Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist so im Analysezeitraum von 1,99 auf 1,94 Personen je Haushalt gesunken; im Prognosezeitraum stagniert sie zunächst um 1,94 und sinkt dann auf 1,88 Personen je Haushalt. Das heißt, dass sich Zahl der Haushalte in den 14 Prognosejahren kaum verringern wird, die Verkleinerung der Haushalte aber in ähnlichem Umfang weitergehen wird wie bisher. Zur Erinnerung, bei der Volkszählung 1961 haben durchschnittlich noch 2,52 Einwohner einen Haushalt gebildet, 1970 noch 2,39 und 1987 noch 1,98.

Abbildung 2: Prognose der Einwohner und Haushalte 2002 bis 2015 in Stuttgart

298



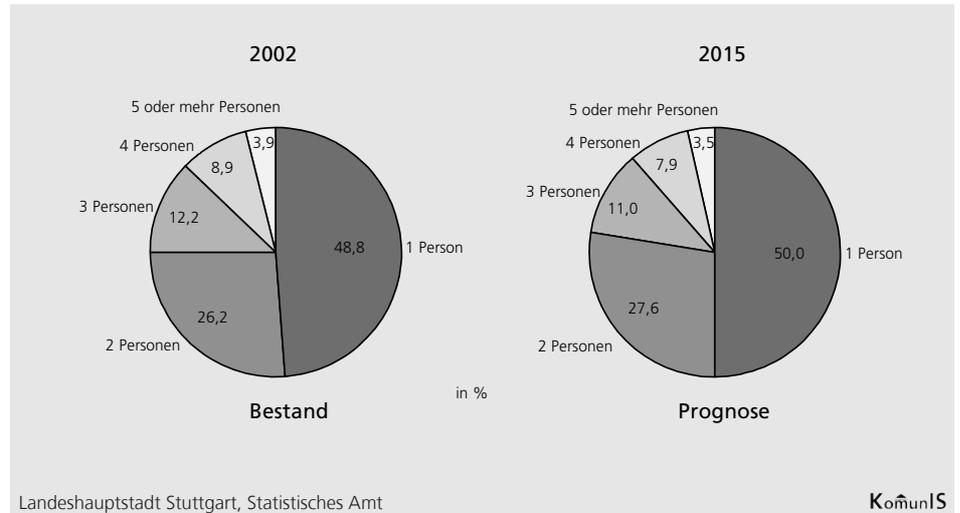
*Zahl der Einpersonenhaushalte wird um 2,2 % steigen*

Erwartungsgemäß steigt die Zahl der Einpersonenhaushalte weiter um 2,2 Prozent (vgl. Abbildung 3), doch zunächst sinkt sie geringfügig unter den fast als Ausreißer zu bewertenden tatsächlichen Wert von 2001. Die Kriegerwitwen werden im Prognosezeitraum zunehmend durch Paarbeziehungen ersetzt. Die höhere Lebenserwartung der Frauen wird aber im höheren Alter nach wie vor zu mehr Einpersonenhaushalten führen, jedoch nicht mehr in dem Umfang wie in den letzten Jahren. Demzufolge steigt im Prognosezeitraum auch die Zahl der Zweipersonenhaushalte überdurchschnittlich um fünf Prozent an. Die Zahl der Haushalte mit drei und mehr Personen sinkt dagegen um 10 bis 11 Prozent.

Der Anteil der Einpersonenhaushalte an den Haushalten, der im Jahr 2001, dem Basisjahr der Prognose, bei 49,1 Prozent liegt, steigt dadurch bis Ende 2015 auf 50,0 Prozent. Zweipersonenhaushalte erhöhen ihren Anteil an den Haushalten von 25,9 auf 27,6 Prozent. Der Anteil der Haushalte mit drei oder mehr Personen sinkt von 25,0 auf 22,4 Prozent. Das scheint auf den ersten Blick wenig zu sein, doch in absoluten Zahlen ausgedrückt wird es im Jahr 2015 ca. 7500 Haushalte mit drei oder mehr Personen weniger geben als heute.

Abbildung 3: Privathaushalte in Stuttgart 2002 und 2015 nach der Zahl der Personen

Ein- und Zweipersonenhaushalte gewinnen weiter an Bedeutung



Der demografische Wandel im Prognosezeitraum zeigt sich auch an der Veränderung der Struktur der Haushalte. Die Zahl der Personen in Haushalten unter 35 Jahren, also den Personen im Alter der Haushaltgründung, sinkt um 13,4 Prozent, während die Zahl der 65 oder älteren um 17 Prozent steigt.

Die Zahl der Familien mit Kindern unter 18 Jahren sinkt um 11 % - ihr Anteil an den Haushalten von 18,7 auf 16,6 %

Bedingt durch die gesunkene Zahl der Mütter sinkt im Prognosezeitraum die Zahl der Kinder nach einigen Jahren der Stagnation erneut. Bis zum Jahr 2015 verringert sich die Zahl der in Haushalten lebenden Kinder unter 18 Jahren um 10 500 (- 11,4 %). Dies schlägt auch auf die Haushalte durch. Die Zahl der Haushalte, in denen Kindern unter 18 Jahren leben, wird sich um 11 Prozent von 56 000 auf 49 700 verringern. Gleichzeitig wird die Zahl der Haushalte mit Paaren, die noch keine Kinder oder keine Kinder unter 18 Jahren mehr haben, um 2 Prozent auf 81 200 steigen.

Tabelle 5: Privathaushalte 2002 bis 2015 in Stuttgart nach dominanter Familienbeziehung

Jahr (31.12.)	Dominante Familienbeziehung im Haushalt				Haushalte insgesamt
	Einpersonenhaushalt	Haushalt mit Kind(ern) unter 18 Jahre	Haushalt ohne Kind(er) mit Paarbeziehung	Übrige Mehrpersonenhaushalte ohne Paarbeziehung	
2002	146 485	56 090	79 647	18 053	300 275
2003	146 351	56 520	79 876	18 263	301 010
2004	146 122	56 452	79 991	18 566	301 131
2005	146 579	56 152	80 001	18 593	301 325
2006	146 972	55 520	80 081	18 577	301 150
2007	147 098	54 866	80 116	18 541	300 621
2008	147 530	54 133	80 243	18 565	300 471
2009	148 037	53 514	80 368	18 609	300 528
2010	148 419	52 914	80 613	18 627	300 573
2011	148 958	52 322	80 899	18 683	300 862
2012	149 415	51 777	81 062	18 775	301 029
2013	149 568	51 184	81 155	18 841	300 748
2014	149 685	50 466	81 204	18 882	300 237
2015	149 771	49 743	81 217	18 909	299 640
Veränderung 2015/2002 in %	2,2	- 11,3	2,0	4,7	- 0,2

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KömunIS

*Trotz rückläufiger Einwohnerzahl ist bis 2015 nur mit annähernd stagnierenden Haushaltszahlen zu rechnen*

## 5. Ausblick

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Zahl der prognostizierten Haushalte im Gegensatz zur Einwohnerzahl und somit auch zur Zahl der Personen in Privathaushalten kaum schrumpft. Diese Entwicklung wird vor allem durch den Anstieg der kleinen Haushalte und hier vor allem dem Anstieg der Zahl der Einpersonenhaushalte getragen. Das heißt aber auch, dass die Vereinzelung weiter zunimmt. Das Altern der Bevölkerung spiegelt sich im Anstieg der Zahl der Haushaltsmitglieder ab 65 Jahren und einem Rückgang der Zahl jungen Haushalte aus Haushaltsmitgliedern unter 35 Jahren wider. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Zahl der Haushalte mit Kindern, die deutlich schrumpfen wird.

- 
- 1 Haushaltegenerierungsverfahren HHGen93, Friedrich v. Klitzing für den Kosis-Verbund, 1993.
  - 2 Konzept für Haushalteprognosen, Friedrich v. Klitzing für den Kosis-Verbund, 2001.
  - 3 Prognose der Einwohner in Stuttgart 2002 bis 2015, Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 8/2002.

## Methodische Hinweise zur Haushalteprognose

### Bevölkerung

Die Wohnberechtigte Bevölkerung - das sind alle in der Gemeinde gemeldeten Personen - bildet bei Volkszählungen oder dem Mikrozensus die Ausgangsgröße für die Ermittlung der Zahl der Haushalte. Auf diesem Bevölkerungsbegriff basiert auch die Generierung der Haushalte aus dem Einwohnermelderegister. Die sonst in der Bevölkerungsstatistik gebräuchliche Unterscheidung nach Personen in Hauptwohnung und Personen in Nebenwohnung ist hier nebensächlich.

### Bevölkerung in (Privat-)Haushalten

Die Wohnberechtigte Bevölkerung entspricht somit in der Regel auch der Bevölkerung in Haushalten - es sei denn, man weist Privathaushalte aus. Zu den Personen in Privathaushalten zählen die Wohnberechtigten Personen, vermindert um die Zahl der Personen ohne eigene Haushaltsführung.

Personen ohne eigene Haushaltsführung sind Einwohner, die in Heimen oder Anstalten leben und dort keinen eigenen Haushalt führen. Diese so genannte Anstaltsbevölkerung ist nicht einfach zu ermitteln. Theoretisch müssen alle Adressen mit den entsprechenden Einrichtungen zusammengetragen und laufend aktualisiert werden. Ohne eine Gebäudedatei ist dies ein kaum zu leistender Aufwand. In Stuttgart wird die Anstaltsbevölkerung deshalb per Programm aus der Einwohnerbestandsdatei geschätzt. Zur Feinabstimmung dieses Programms sind in Vorerhebungen sämtliche aus anderen Quellen bekannten Anstaltsadressen aufbereitet worden und die Ergebnisse einmalig mit den per Programm ermittelten Adressen abgeglichen worden. Mit dem Programm werden nahezu alle Anstaltsadressen mit 30 oder mehr gemeldeten Personen erkannt. Für statistische Zwecke reicht diese Genauigkeit, vor allem wenn man berücksichtigt, dass so über Jahre ein sehr gleichartiges Ergebnis erzielt werden kann.

Streng genommen gehören Personen, die mehrfach in der Stadt gemeldet sind - im Jahr 2001 waren es etwa 8800 Meldungen - mit jeder Wohnung zur Wohnberechtigten Bevölkerung. Vereinbarungsgemäß wird aber auf Gemeindeebene eine mehrfach gemeldete Person nur einmal und zwar nur dort gezählt, wo sie entweder mit Hauptwohnung gemeldet ist oder ihre jüngste Nebenwohnung von mehreren Nebenwohnungen hat. Bei der Generierung der Privathaushalte wird ebenso verfahren. Hinter diesem Konzept steht zusätzlich die Überlegung, dass die Person und nicht die Meldung eine mögliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen auslöst.

Da in Stuttgart seit 2001 allen Veröffentlichungen der Einwohnerstatistik die Zahl der in der Gemeinde gemeldeten Personen zugrunde liegt, ist auch die Einwohnerprognose 2002 bis 2015 mit diesem Personenkreis berechnet worden. Die Haushalteprognose profitiert davon - die prognostizierten Personen entsprechen den Personen in Haushalten.

Das Arbeiten mit allen gemeldeten Personen stellt hohe Anforderungen an das kommunale Einwohnermelderegister, da besonders bei den mit Nebenwohnung gemeldeten Personen Karteileichen vermutet werden, die dann die Haushaltezahlen verfälschen. In Stuttgart sind mehrere Aktionen zur Bereinigung der Melderegister erfolgreich durchgeführt worden. Auch in Zukunft muss auch aus diesem Grund besonders auf die „Ertüchtigung“ des Einwohnermelderegisters geachtet werden.

### Privathaushalt löst Wohnungsmarkthaushalt ab

Die bisher in Stuttgart veröffentlichten Haushaltezahlen haben nicht den Kriterien des Privathaushalts entsprochen. Bei ihrer Generierung stand die Gewinnung von Haushalten, die als Nachfrager am Wohnungsmarkt auftreten können, im Vordergrund. Da in der laufenden Fortschreibung der Wohnungen die Wohnheime nicht enthalten sind, sind deshalb von der in die Haushaltegenerierung einfließenden Bevölkerung - neben der Anstaltsbevölkerung - auch die in Wohnheimen und Unterkünften gemeldeten Personen ausgeschlossen worden, um so eine mit dem Wohnungsangebot korrespondierende Haushaltezahl zu gewinnen. In der neu aufgebauten praxisgerechteren Zeitreihe der Privathaushalte sind Bewohner von Wohnheimen dagegen enthalten. Die Zahl der Privathaushalte liegt demzufolge um ca. 10 000 über der Zahl der Haushalte mit Wohnungsbedarf.

## Die SIKURS-Haushalteprognose

Die neu entwickelte Sikurs-Haushalteprognose unterscheidet sich von den gängigen Prognoseverfahren wie dem Haushaltsvorstandsquotenverfahren oder dem Haushaltsmitgliederquotenverfahren. In diesem neuen Verfahren werden primär die in der Haushaltegenerierung festgestellten familiären Beziehungen herangezogen, um Quoten und Indikatoren, die den Haushaltezusammenhang beschreiben, zu ermitteln und in der Prognose zu verarbeiten.

Voraussetzung für den Einsatz des Prognosemoduls ist deshalb auch die Anreicherung der Einwohnerbestandsdaten mit Haushalteinformationen nach dem Verfahren HHGen, um aus den Bestandsdaten die benötigten Quoten und Indikatoren ermitteln zu können. Aber auch wer diese Daten nicht oder noch nicht hat, kann SIKURS-Haushalteprognosen rechnen, indem er die nötigen Eingabedaten von einer anderen Stadt mit vergleichbarer demografischer Struktur übernimmt.

Um diesen vielseitigen Einsatz zu ermöglichen, ist das Prognoseprogramm modular aufgebaut. Zunächst wird mit der Sikurs-Einwohnerprognose die zukünftige Einwohnerzahl nach Alter und Geschlecht ermittelt. Die prognostizierten Einwohnerdaten müssen ggf. noch für den Einsatz der Haushalteprognose aufbereitet werden, wenn nicht die Wohnberechtigte Bevölkerung prognostiziert worden ist. Die Prognosedaten können aber auch aus anderer Quelle kommen, sie müssen aber zumindest nach Altersjahren und Geschlecht gegliedert sein.

Im nächsten Schritt werden aus der Einwohnerbestandsdatei die für die Haushaltprognose nötigen Quoten und Indikatoren berechnet. Das Haushalteprognoseprogramm erwartet einerseits Basisindikatoren und ergänzend dazu Indikatoren, die für jedes Prognosejahr modifiziert und neu vorgegeben werden können. So ist vorgesehen, die Basisindikatoren, die die „Strukturproportionen“ der Vergangenheit widerspiegeln, während des gesamten Prognoselaufs konstant zu halten und möglichst vom letzten Jahr des Analysezeitraums zu übernehmen. Über die Indikatoren, die für jedes Prognosejahr neu vorgegeben werden können, sollen dann die getroffenen Annahmen zum künftigen Haushaltebildungsverhalten einfließen. Je Prognosejahr und Gebietseinheit werden so 16 Basisindikatoren mit etwa 1500 Ausprägungen und ein Set von sechs veränderbaren Indikatoren mit insgesamt 21 Ausprägungen verarbeitet.

302

Abbildung 4: Indikatorenset zur Haushalteprognose

Indikator	Bezeichnung	Alter
Q 1	Durchschnittliche Zahl der Kinder bei „verzeigerten“ Erziehenden	0 bis 34 35 bis 99
Q 2	Anteil der „verzeigerten“ Alleinerziehenden an allen „verzeigerten“ Erziehenden	0 bis 34 35 bis 99
Q 3w	Anteil der kinderlosen Partnerinnen an kinderlosen Frauen	0 bis 34 35 bis 64 65 bis 99
Q 4m	Anteil der als „Nachfahre“ in Haushalten lebenden Personen an kinder- und partnerlosen Personen	0 bis 34 35 bis 99
Q 4w		0 bis 34 35 bis 99
Q 5m	Anteil der als „Vorfahre“ in Haushalten lebenden Personen an kinder- und partnerlosen Personen	0 bis 34 35 bis 99
Q 5w		0 bis 34 35 bis 99
Q 6m	Anteile der Einpersonenhaushalte an den Personen ohne Bindung	0 bis 34 35 bis 64 65 bis 99
Q 6w		0 bis 34 35 bis 64 65 bis 99

Theoretisch reichen die Quoten eines Analysejahres, um eine Prognose rechnen zu können. In der Praxis wird man jedoch mehrere Jahre in die Analyse einfließen lassen, um dann mithilfe der Zeitreihenanalyse, auf der Basis des Sets der veränderbaren Indikatoren, fundierte Annahmen zur Entwicklung der Haushalte im Prognosezeitraum gewinnen zu können. Diese so erarbeiteten Quoten können in weiteren Schritten modifiziert und bearbeitet werden, um Erkenntnisse aus anderen Quellen einfließen zu lassen. Dieser Arbeitsschritt ist der wichtigste und zeitaufwendigste, der die Erfahrung der Experten fordert.

Sind die notwendigen Indikatoren und Quoten abgeleitet oder von einer vergleichbaren Gemeinde beschafft, erfolgt als nächster Schritt die eigentliche Haushalteprognose. Die SIKURS-Haushalteprognose arbeitet in vier Teilschritten. Jede Person kann nur in einem Teilschritt einer Zielgruppe zugeordnet werden. In Schritt eins werden Kinder und Haushalte mit Kindern gewonnen. Aus den nach diesem Schritt verbleibenden Personen werden in Schritt zwei Haushalte mit Paaren ohne Kinder geschätzt. Schritt drei schätzt aus der Restbevölkerung Haushalte, in denen weder Kinder noch Paare leben, die aber eine Vorfahre-Nachfahre-Beziehung aufweisen. In Schritt vier werden aus den bisher noch nicht zugeordneten Personen zunächst die Einpersonenhaushalte ermittelt. Von den dann noch übrig gebliebenen Personen hat keine eine der vorhergehenden Kriterien zur Zuordnung erfüllt. Sie bilden den Rest als Personen ohne (familiäre) Bindung in Mehrpersonenhaushalten. Eine typische Wohnform dieser letzten Kategorie sind Wohngemeinschaften.

Aus der Prognose werden primär Haushaltesummen nach dem „dominanten“ Haushaltstyp ausgegeben. Direkt ist nur zwischen Ein- und Mehrpersonenhaushalten unterscheidbar. Die Mehrpersonenhaushalte werden in einem Unterprogramm, unter Berücksichtigung der ermittelten Randsummen, nach der Zahl der Personen aufgeschlüsselt.

Inge Heilweck-Backes, Jochen Gieck

## Bericht zur Wohnungssituation in Stuttgart 2003

Die Wohnungsmärkte in Deutschland haben sich binnen weniger Jahre deutlich verändert. Ein in dieser Ausprägung bislang unbekanntes Nebeneinander schrumpfender und prosperierender Regionalmärkte, bedrohliche Leerstände einerseits und angespannte regionale Wohnungsmärkte und -segmente andererseits bis hin zur Gleichzeitigkeit beider Phänomene, kennzeichnen die Situation.

*Rückläufige Bautätigkeit auch in  
Kernstädten strukturstarker Regionen*

Nach der neu erarbeiteten Wohnungsmarkttypisierung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist in allen zwölf Wohnungsmarkttypen die Bautätigkeit rückläufig. Auch die Kernstädte der strukturstarken Regionen (Regionstyp A1) sind inzwischen auf niedrigstes Niveau gesunken. So auch Stuttgart, das 2003 mit 1,6 fertig gestellten Wohnungen je 1000 Einwohner den bislang tiefsten Wert erreichte. Die drastische Reduzierung des Geschosswohnungsbaus sowie die jahrelang zurückhaltende Ausweisung von Bauland bedingen die teilweise deutlich steigenden Mieten und Immobilienpreise in den Städten dieses Wohnungsmarktstyps<sup>1</sup>.

### 1. Wohnungsangebot

#### Die aktuelle Wohnungsbautätigkeit

*Starker Rückgang der Baufertig-  
stellungen setzt sich 2003 nicht fort*

Der Wohnungsbau in Stuttgart hat sich entsprechend der allgemeinen Entwicklung rückläufiger Bautätigkeit auf Landes- und Bundesebene auch 2003 nicht erholt. Insgesamt kamen nur 911 Wohnungen (- 2 %) auf den Markt. Der seit 1998 starke Abwärtstrend mit Rückgangsraten zwischen 12 und 37 Prozent setzte sich aber 2003 zumindest nicht weiter fort. Ob damit die Talsohle bereits erreicht ist oder der Rückgang noch weiter voran schreitet, ist ungewiss. Der Genehmigungsboom von Bauvorhaben in den ersten Monaten 2003, ausgelöst durch die Diskussion um die Änderung der Eigenheimzulage, hat sich teilweise bereits in den Fertigstellungszahlen des gleichen Jahres niedergeschlagen. Ein deutlicher Zuwachs genehmigter Wohnungen ist auch schon für das erste Halbjahr 2004 festzustellen. Zum ersten Mal seit 1998 liegt die Zahl der genehmigten Baumaßnahmen wieder über jener der Fertigstellungen. Die in geringem Abstand zueinander verlaufenden Genehmigungs-, Fertigstellungs- und Bauüberhangskurven in Abbildung 1 weisen in den letzten Jahren auf eine deutlich zügigere Durchführung der Baumaßnahmen nach Erteilung der Genehmigung hin.

*Genehmigungsboom 2003 setzt sich  
auch im ersten Halbjahr 2004 fort*

*Mehr neue Wohnungen im Wohnungs-  
bestand gegenüber Vorjahr*

2003 wurden in 287 neu errichteten Gebäuden 827 Wohnungen fertig gestellt. Auch diese Zahl liegt mit - 5,7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Kräftig gestiegen ist dagegen die Zahl neuer Wohnungen im Wohnungsbestand. Durch Aus- und Umbaumaßnahmen wurden 84 zusätzliche Wohnungen geschaffen, 31 Wohnungen mehr als im Vorjahr (vgl. Abbildung 2 und Tabelle 1).

Abbildung 1: Entwicklung der Baugenehmigungen, Baufertigstellungen und des Bauüberhanges in Stuttgart seit 1980

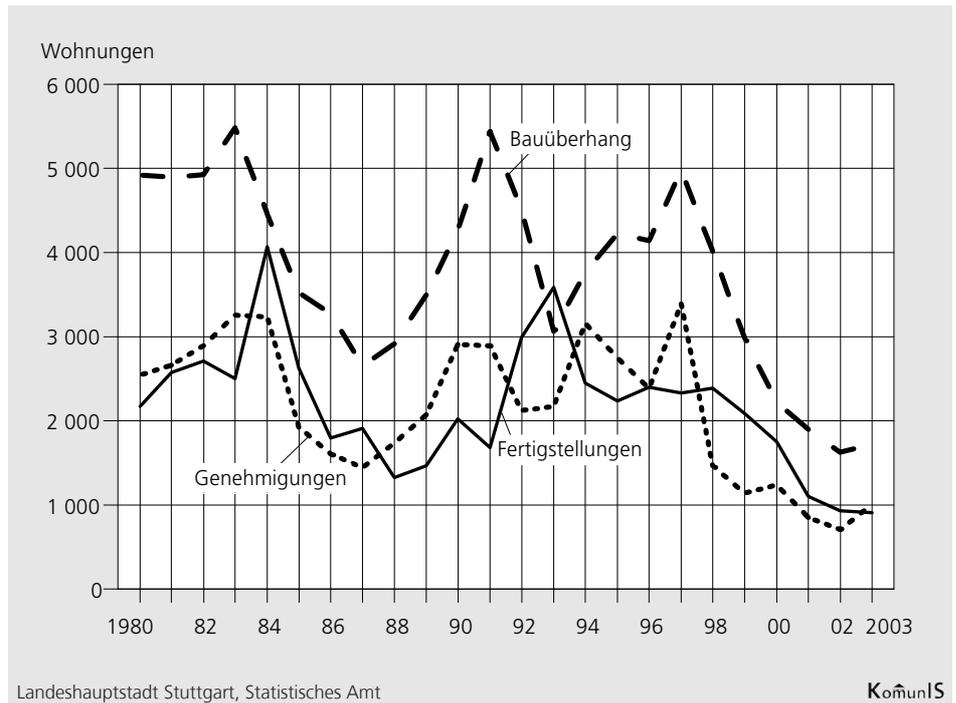


Abbildung 2: Fertig gestellte Wohnungen in Wohngebäuden, Nichtwohngebäuden und Wohnheimen in Stuttgart seit 1990



Tabelle 1: Baufertigstellungen insgesamt in Wohngebäuden, Nichtwohngebäuden und Wohnheimen in Stuttgart seit 1990

Jahr	Gebäude/ Baumaßnahmen	Wohnungen			Davon	
		insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	Wohnfläche	in neu errichteten Gebäuden	im Wohnungs- bestand
		Anzahl	%	100 m <sup>2</sup>	Anzahl	
1990	953	2 026	38,2	1 548	1 907	119
1991	964	1 683	- 16,9	1 294	1 528	155
1992	1 031	2 994	77,9	2 107	2 825	169
1993	1 379	3 586	19,8	2 636	3 276	310
1994	1 093	2 452	- 31,6	1 775	2 262	190
1995	841	2 238	- 8,7	1 572	2 049	189
1996	958	2 402	- 7,3	1 725	2 175	227
1997	943	2 333	- 2,9	1 703	2 190	143
1998	954	2 389	2,4	1 805	2 046	343
1999	981	2 091	- 12,5	1 707	1 967	124
2000	1 036	1 752	- 16,2	1 612	1 618	134
2001	807	1 103	- 37,0	1 066	1 050	53
2002	821	930	- 15,7	1 015	877	53
2003	707	911	- 2,0	925	806	84

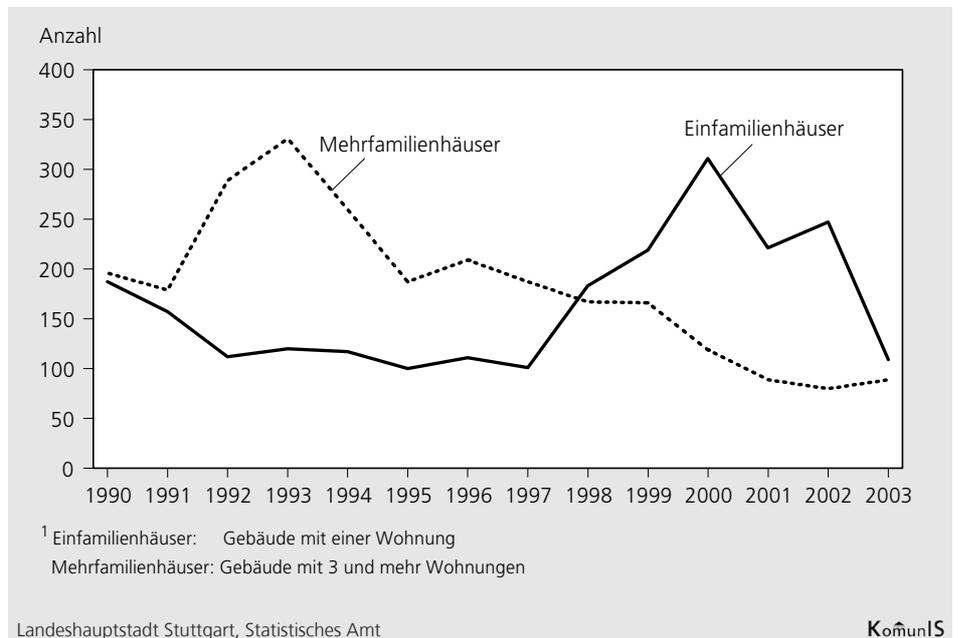
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KoμunIS

306

Neues städtisches Förderprogramm kurbelt Mietwohnungsbau an

Erstmals seit fünf Jahren ist 2003 wieder ein Gleichgewicht zwischen Einfamilien- und Geschosswohnungsbau festzustellen. Die Hälfte aller neuen Wohngebäude wurde als Einfamilienhäuser erstellt, ein gutes Drittel sind Wohngebäude mit vier und mehr Wohnungen (vgl. Abbildung 3). Dieses Ergebnis ist eine direkte Folge städtischer Förderpolitik. Bisher förderte die Stadt Stuttgart den Bau von Sozialwohnungen und den Erwerb von Wohneigentum. Um den seit Jahren daniederliegenden Mietwohnungsbau wieder anzukurbeln, wurde durch den Gemeinderat im April 2003 als dritte Säule städtischer Wohnungsbaupolitik das neue Förderprogramm „Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher“ beschlossen. Bauträger erhalten danach verbilligte städtische Grundstücke und verpflichten sich im Gegenzug zu einer Mietpreisbindung. Insgesamt wurden 85 solcher Mietwohnungen 2003 genehmigt und die ersten bereits im Stadtteil Lauchäcker/Vaihingen erstellt.

Abbildung 3: Neu errichtete Einfamilienhäuser und Mehrfamilienhäuser in Stuttgart seit 1990



<sup>1</sup> Einfamilienhäuser: Gebäude mit einer Wohnung  
 Mehrfamilienhäuser: Gebäude mit 3 und mehr Wohnungen

*Erstmals seit 1999 Rückgang des Einfamilienhausbaus und Zuwachs bei großen Wohngebäuden*

Der jeweils herrschende Wohnungsbedarf wirkt entscheidend auf die Planung der Gebäudegröße neu zu errichtender Wohngebäude. Dem jüngsten Ruf nach preiswerten Miet- aber auch Eigentumswohnungen wurde im Jahr 2003 verstärkt durch den Bau größerer Wohngebäude entsprochen. 16,1 Prozent der 217 neuen Wohngebäude hatten vier bis sechs Wohneinheiten, 20,3 Prozent sieben und mehr Wohnungen. Wie Tabelle 2 zeigt, gab es einen so großen Anteil mittlerer und größerer Mehrfamilienhäuser letztmals Ende der neunziger Jahre. In den Jahren davor führte die Sorge, zu viele junge, aufstrebende Familien an das Umland zu verlieren, zu einer beträchtlichen Angebotserweiterung an Einfamilienheimen. So erreichte der Einfamilienhausbau im Jahr 2002 mit einem Anteil von 70,8 Prozent an den neu erstellten Wohngebäuden seit 1982 sein absolutes Maximum. Der Rückgang nun 2003 um 44 Prozent auf einen Anteil von 50,2 Prozent, ist wie bereits erwähnt, das Ergebnis der kommunalen Wohnbauförderung. Über das Programm „Preiswertes Wohneigentum“ wurden 2002 ausschließlich 68 Eigentumswohnungen genehmigt, im Jahr davor waren es 58 Wohnungen und 121 Einfamilienheime<sup>2</sup>.

Tabelle 2: Baufertigstellungen neu errichteter Wohngebäude nach Anzahl der Wohnungen in Stuttgart seit 1982

Jahr	Wohngebäude	Davon mit Wohnungen				
		1	2	3	4 bis 6	7 und mehr
		%				
1982	526	22,1	33,7	6,3	12,7	25,3
1983	379	17,7	26,9	8,4	20,6	26,4
1984	546	15,4	21,8	4,9	21,2	36,6
1985	557	27,6	26,0	8,1	16,9	21,4
1986	421	32,5	29,0	5,9	15,9	16,6
1987	418	42,6	21,3	6,2	11,5	18,4
1988	370	61,1	9,5	5,7	11,6	12,2
1989	443	63,2	11,5	4,5	10,6	10,2
1990	437	42,8	12,4	11,0	16,2	17,6
1991	390	40,3	13,8	9,7	21,0	15,1
1992	443	25,3	9,5	5,9	22,8	36,6
1993	504	23,8	10,5	7,7	21,8	36,1
1994	418	28,0	9,8	6,9	22,5	32,8
1995	319	31,3	10,0	5,0	16,6	37,0
1996	346	32,1	7,5	4,6	14,7	41,0
1997	314	32,2	8,3	8,3	16,2	35,0
1998	386	47,4	9,3	2,6	7,8	32,9
1999	420	52,1	8,3	4,5	10,0	25,0
2000	464	67,0	7,3	3,2	8,0	14,4
2001	326	67,8	4,9	4,0	8,3	15,0
2002	349	70,8	6,3	3,2	9,7	10,0
2003	217	50,2	8,8	4,6	16,1	20,3

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Anders als in den Vorjahren wurden die Einfamilienhäuser in 2003, auch dies eine Folge der Förderpolitik, deutlich seltener als Reihenhäuser erbaut (45,9 %). Entsprechend zugenommen hat der Bau von freistehenden Einzelhäusern und Doppelhaushälften, der zu 53 Prozent in der Hand privater Haushalte lag.

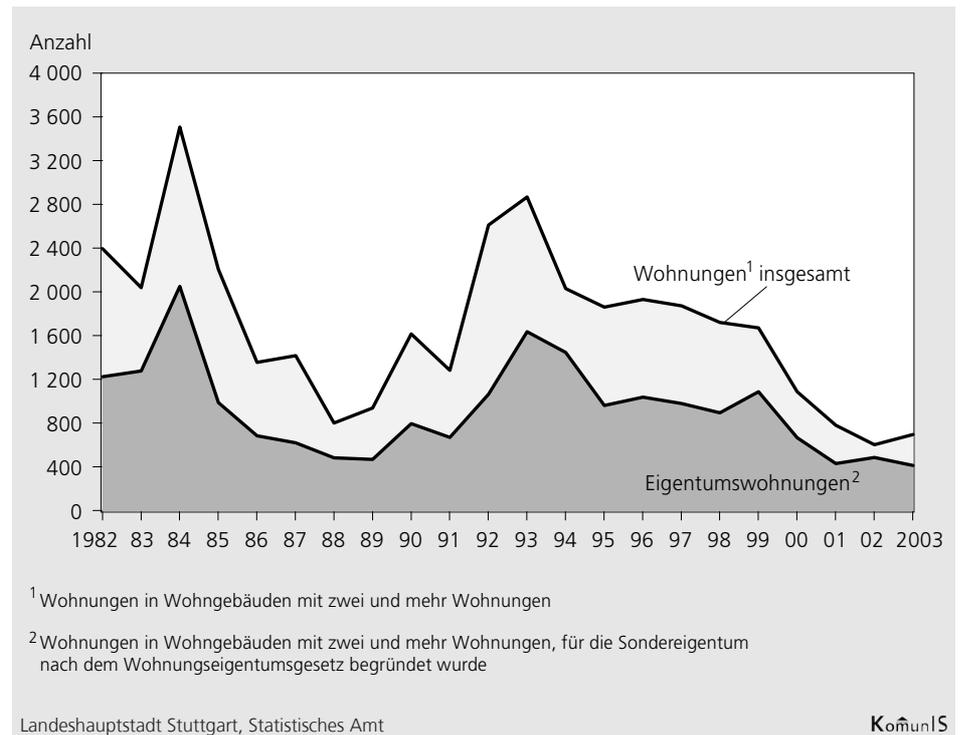
*Zunahme beim Bau von Einzelhäusern und Doppelhaushälften*

Beim Geschosswohnungsbau wurden fast drei Viertel aller neuen Wohnungen durch Wohnungsunternehmen und Immobilienfonds und ein Viertel von privaten Bauherren erstellt. Öffentliche Bauherren beteiligten sich zum ersten Mal seit zwanzig Jahren nicht mehr am Wohnungsbau.

Städtische Förderpolitik bewirkt Rückgang neuer Eigentumswohnungen

Trotz der großen Nachfrage nach Mietwohnungen bleibt der langjährige Trend zum Wohnungseigentum stabil (Mittelwert 1982-2003: 55 %). Die Umsteuerung der städtischen Förderpolitik ließ die diesjährige Quote an neu errichteten Eigentumswohnungen allerdings von 80 auf 59,4 Prozent sinken. Das Förderprogramm 2002 der Landeshauptstadt sah gegenüber dem Vorjahr ein fast doppelt so hohes Kontingent an genehmigten Sozialmietwohnungen vor, während in diesem Zeitraum die Förderung von Wohnungseigentum um 38 Prozent zurückgefahren wurde (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Neu errichtete Eigentumswohnungen in Stuttgart seit 1982



308

Trend zu größeren Wohnungen

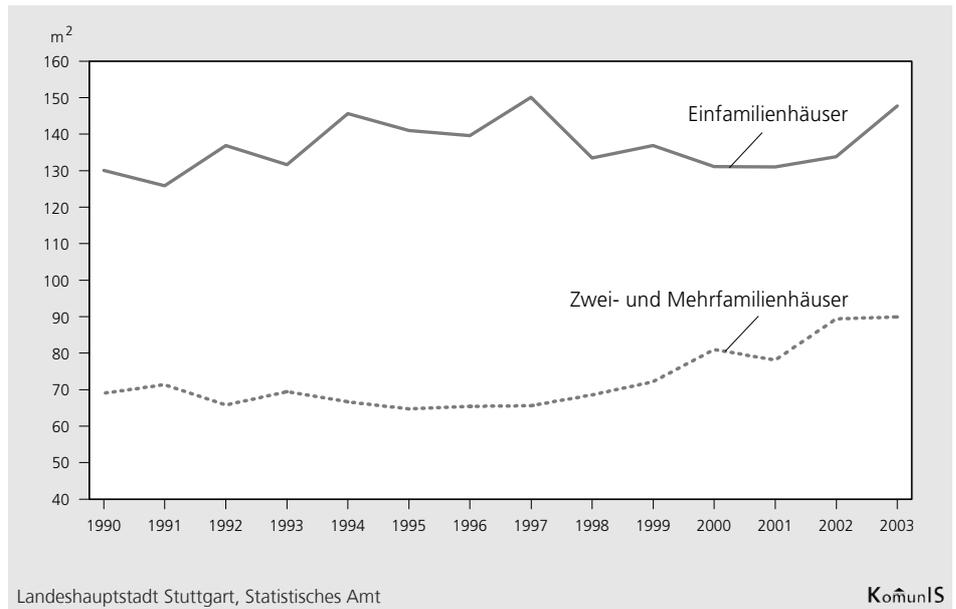
2003 wurde dem Wohnungsmarkt durch Neubauten, sowie Aus- und Umbaumaßnahmen im Gebäudebestand eine Wohnfläche von insgesamt 92 500 m<sup>2</sup> zugeführt. Der Trend geht seit Jahrzehnten zu immer größeren Wohnungen. Die durchschnittliche Wohnfläche je fertig gestellter Wohnung, die im vorausgegangenen Jahr einen Höchststand von 109 m<sup>2</sup> erreichte, ist jedoch in diesem Jahr auf 101 m<sup>2</sup> gesunken. Auch die mittlere Wohnfläche der neuen Wohnungen ging von 102 auf 98 m<sup>2</sup> zurück.

Stetige Wohnflächenentwicklung in Mehrfamilienhäusern

Eine stetige Wohnflächenentwicklung ist vor allem in Mehrfamilienhäusern mit mehr als drei Wohnungen festzustellen, die in den letzten zwanzig Jahren um ca. 25 m<sup>2</sup> zugenommen hat und nun bei 89 m<sup>2</sup> liegt. Dagegen bewegt sich die durchschnittliche Wohnfläche in Einfamilienhäusern seit Ende der neunziger Jahre konstant zwischen 130 und 135 m<sup>2</sup> und erfährt nur dann einen wesentlichen Zuwachs, wenn die Anzahl der durch die Stadt Stuttgart geförderten Eigenheime gering ist. Da 2003 über das „Preiswerte Wohneigentum“ keine Eigenheime gefördert wurden, liegt die durchschnittliche Wohnfläche der frei finanzierten Einfamilienhäuser mit 147,7 m<sup>2</sup> überproportional hoch und übertrifft damit sogar den Landeswert um 2 m<sup>2</sup>. In 12 der 109 Einfamilienhäuser liegt die Wohnfläche über 200 m<sup>2</sup> (vgl. Abbildung 5).

Bau von überdurchschnittlich großen Einfamilienhäusern

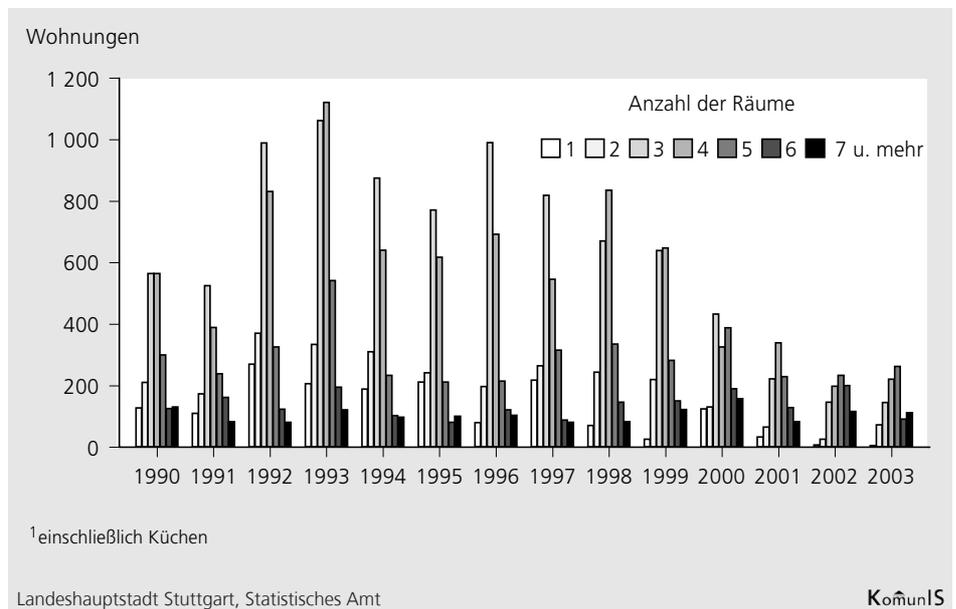
Abbildung 5: Durchschnittliche Wohnfläche in Wohnungen neu errichteter Einfamilienhäuser und in Wohnungen von Zwei- und Mehrfamilienhäusern in Stuttgart seit 1990



Zunahme großer Wohnungen auch nach Zahl der Räume

Auch nach der Anzahl der Räume dominierten 2003 wieder eher große Wohnungen, wie Abbildung 6 zeigt. Fast jede vierte Wohnung hatte mehr als sechs Räume. 47 Prozent dieser Wohnungen sind allerdings Einfamilienhäuser. Vier- und Fünf-Raum-Wohnungen legten gegenüber dem Vorjahr um 11 bis 12 Prozent zu. Auf den u.a. großen Bedarf an Studentenwohnungen wurde mit dem Bau bzw. Umbau von 73 Zweizimmerwohnungen (+180 %) reagiert.

Abbildung 6: Größe der insgesamt fertig gestellten Wohnungen in Stuttgart seit 1990 nach Anzahl der Räume



## Die Entwicklung des Wohnungsbestandes

Wohnungsbestand seit 1993 um 5,6 % gewachsen

In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der Wohngebäude in Stuttgart um 4,1 Prozent auf 71 268. Das Wohnungsangebot erweiterte sich in diesem Zeitraum um 15 475 Wohnungen. Durch eine Zuwachsrate von 5,6 Prozent ist der Bestand insgesamt auf 291 430 Wohnungen angestiegen. Die höchste Anzahl an Wohnungen wurde während dieser Zeit in Bad Cannstatt (2488 WE) und in Vaihingen (1598 WE) gebaut, die größte Erweiterung des Wohnungsbestandes mit Zuwachsraten zwischen 13,4 und 11,6 Prozent erfuhren die Stadtbezirke Plieningen und Stammheim (siehe Tabelle 3 und Karte 1).

Die Größenstruktur des Gebäudebestandes hat sich im vergangenen Jahrzehnt kaum verändert. 52 Prozent aller Wohngebäude sind Mehrfamilienhäuser, 48 Prozent Ein- und Zweifamilienhäuser. Der seit 1998 stark rückläufige Trend im Geschosswohnungsbau sorgt allerdings für eine gewisse Korrektur im Größengefüge.

Tabelle 3: Wohnungsbestand in Stuttgart 1993 und 2003 nach Stadtbezirken

Stadtbezirk	Wohnungen <sup>1</sup>			
	1993	2003	Veränderung Anzahl	Veränderung in %
Mitte	11 504	11 782	278	2,4
Nord	11 576	12 511	935	8,1
Ost	24 308	24 657	349	1,4
Süd	22 059	23 302	1 243	5,6
West	26 587	27 401	814	3,1
<b>Inneres Stadtgebiet</b>	<b>96 034</b>	<b>99 653</b>	<b>3 619</b>	<b>3,8</b>
Bad Cannstatt	28 691	31 179	2 488	8,7
Birkach	3 027	3 181	154	5,1
Botnang	6 369	6 642	273	4,3
Degerloch	8 460	8 887	427	5,0
Feuerbach	13 760	14 428	668	4,9
Hedelfingen	4 540	4 749	209	4,6
Möhringen	14 159	15 232	1 073	7,6
Mühlhausen	11 511	11 935	424	3,7
Münster	3 175	3 277	102	3,2
Obertürkheim	3 886	4 164	278	7,2
Plieningen	5 504	6 240	736	13,4
Sillenbuch	11 286	12 034	748	6,6
Stammheim	5 035	5 617	582	11,6
Untertürkheim	7 666	7 921	255	3,3
Vaihingen	19 097	20 695	1 598	8,4
Wangen	4 321	4 487	166	3,8
Weilimdorf	13 127	14 302	1 175	9,0
Zuffenhausen	16 307	16 807	500	3,1
<b>Äußeres Stadtgebiet</b>	<b>179 921</b>	<b>191 777</b>	<b>11 856</b>	<b>6,6</b>
<b>Stuttgart insgesamt</b>	<b>275 955</b>	<b>291 430</b>	<b>15 475</b>	<b>5,6</b>

<sup>1</sup> Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ohne Wohnheime

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KommunIS



## 2. Wohnungsnachfrage

### Die demografische Entwicklung

Die Wohnungsmarktentwicklung wird maßgeblich von der allgemeinen Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung bestimmt. Der Wanderungsüberschuss Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre sowie in den ersten drei Jahren des einundzwanzigsten Jahrhunderts mildert den generellen Sterbeüberschuss und stoppte die tendenziell rückläufige Einwohnerentwicklung.

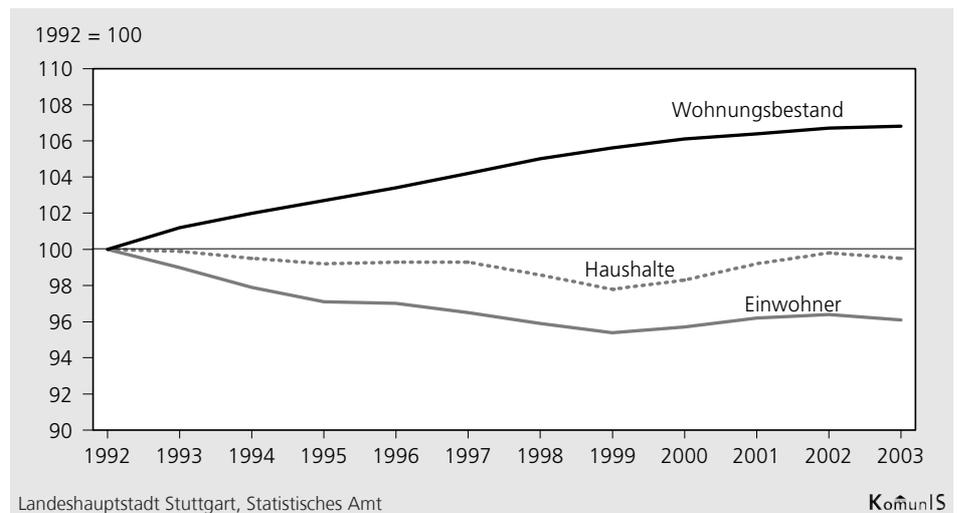
*Wachsender Wohnungsbestand trotz rückläufiger Einwohnerzahlen*

Für die Wohnungsnachfrage ist die Zahl und Struktur der Haushalte die entscheidende Größe. Der Haushaltsverkleinerungsprozess sorgte lange Zeit trotz negativer Einwohnerentwicklung für eine gleich bleibend hohe Haushaltszahl. Seit 1997 stagniert jedoch die Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte, so dass bis einschließlich 2000 auch die absolute Zahl der Haushalte zurückging. Abbildung 7 zeigt eindrucksvoll die Tatsache, dass immer weniger Einwohner bei gleichzeitig tendenziell stagnierenden Haushaltszahlen immer mehr Wohnraum benötigen.

Eine der wichtigsten wohnungsrelevanten Auswirkungen der demografischen Entwicklung wird die passive Wohnflächenvergrößerung insbesondere bei älteren Haushalten sein. Es ist anzunehmen, dass auch künftig die Haushalte durch ihre unterschiedlichen Lebenszyklen hindurch an ihren in frühen Jahren bezogenen Wohnungen festhalten werden. Dies ist ein wohl unumgänglicher Begleiteffekt der Alterung der Gesellschaft.

Abbildung 7: Entwicklung der Einwohner, Haushalte und des Wohnungsbestandes in Stuttgart seit 1992

312



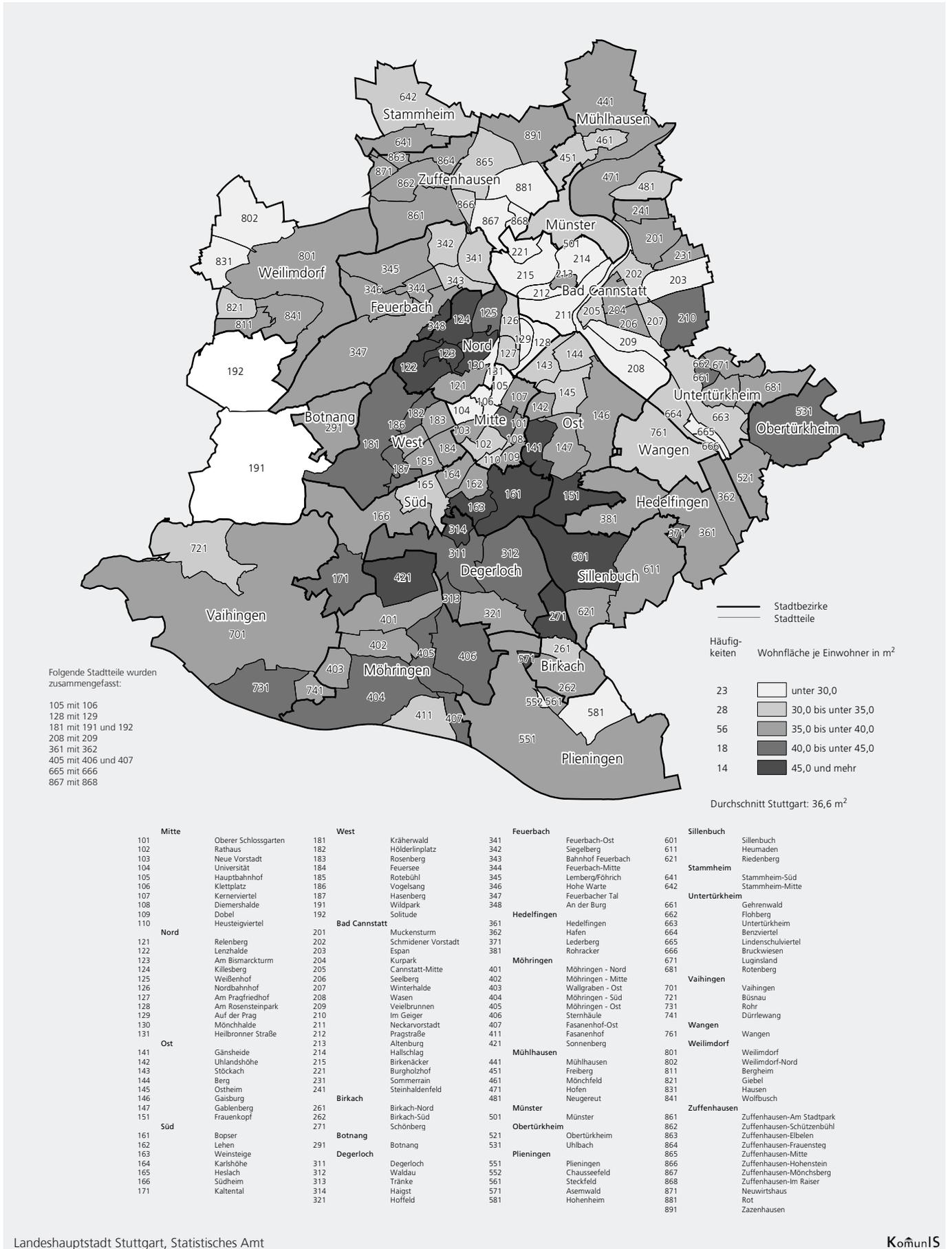
### Die aktuelle Wohnungsversorgung

Der Versorgungsstandard mit Wohnraum hat sich in Stuttgart seit der Nachkriegszeit kontinuierlich verbessert. Die Belegungsdichte, das sind die Personen je Wohnung, beträgt zurzeit 1,9. Anfang der siebziger Jahre lebten im Durchschnitt noch 2,9 Personen in einer Wohnung. Spiegelbildlich dazu verhält sich die Kennziffer Anzahl Wohnräume je Person, die von 1,4 im Jahr 1970 auf 2,1 im Jahr 2003 angestiegen ist.

*Belegungsdichte, Wohnräume und Wohnfläche je Person zeigen kontinuierliche Verbesserung der Wohnungsversorgung*

Auch die Wohnfläche pro Kopf als zentraler Indikator der quantitativen Wohnungsversorgung ist in den vergangenen Jahren weiter angewachsen und liegt nun 2003 bei 36,6 m<sup>2</sup> je Einwohner, 3,4 m<sup>2</sup> mehr als 1986. In Karte 2 veranschaulicht dieser Indikator deutlich die sozialräumliche Differenzierung der Stadt. In Halbhöhen- und Höhenrandlagen des Stuttgarter Talkessels sowie in den Höhenlagen überwiegend der südlichen Stadtbezirke stehen der Bevölkerung große und größte Wohnflächen zur Verfügung. In den Tallagen der Innenstadt, den stark gewerblich geprägten Vororten im Norden sowie entlang des Neckars liegt die Pro-Kopf-Wohnfläche teilweise weit unter dem Durchschnitt.

Karte 2: Wohnfläche je Einwohner in Stuttgart 2003 nach Stadtteilen



Ein weiterer wichtiger Indikator für die Bewertung der quantitativen Wohnungsver-sorgung ist der „Wohnungsversorgungsgrad“, der sich aus der Gegenüberstellung der „Haushalte mit Wohnungsbedarf“ und dem „zu berücksichtigenden Wohnungsbestand“ ergibt. Dieses Verhältnis von Wohnungen zu Haushalten sagt - unabhängig von der tatsächlichen Verteilung - aus, wie viele Wohnungen für die Nutzung durch private Haushalte zur Verfügung stehen. Dabei wird von der Annahme „je Haushalt eine Wohnung“ ausgegangen.

*Wohnungsversorgungsgrad sagt aus, wie viele Wohnungen den Stuttgarter Haushalten zur Verfügung stehen*

„Haushalte mit Wohnungsbedarf“ sind alle Hauptmieter- und Eigentümerhaushalte. Nicht mit einbezogen wird ein Teil der Untermieterhaushalte, für die kein Wohnungsbedarf angenommen wird, wie z. B. Studentenhaushalte und nur zeitlich befristet in einem Untermietverhältnis lebende Beschäftigte. Die Zahl dieser Untermieterhaushalte wird aktuell auf ein Prozent der gesamten Haushalte geschätzt. Der „zu berücksichtigende Wohnungsbestand“ errechnet sich aus dem Wohnungsbestand abzüglich einer Fluktuationsreserve. Dieser Wert für den Wohnungsleerstand trägt der Tatsache Rechnung, dass zwischen Auszug und Wiederbezug einer Wohnung oftmals Wochen oder sogar Monate liegen, in denen diese Wohnungen dem Wohnungsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Üblicherweise werden dafür drei Prozent des Wohnungsbestandes veranschlagt. Das Verhältnis von Wohnungen zu Haushalten sagt - unabhängig von der tatsächlichen Verteilung - aus, wieviele Wohnungen für die Nutzung durch private Haushalte zur Verfügung stehen. Entscheidend ist dabei die alleinige Verfügbarkeit, der Besitz einer Wohnung nicht die rechtliche Wohnungssituation des Wohnungsinhabers als Mieter oder Eigentümer.

*Wohnungsdefizit 2003: 5255 Wohnungen*

Der Stuttgarter Wohnungsbestand erfuhr im Jahr 2003 ein Nettozugang von nur 401 Wohnungen. 911 fertig gestellte Wohnungen standen durch Gebäudeabbrüche einem außergewöhnlich hohen Totalabgang von 510 Wohnungen gegenüber. Nach Abzug der Fluktuationsreserve stehen nun den 287 942 Haushalten mit Wohnungsbedarf rein rechnerisch 282 687 Wohnungen zur Verfügung. Demnach beträgt das aktuelle Wohnungsdefizit 5255 Wohnungen, das ist 20,2 Prozent weniger als im Vorjahr (vgl. Tabelle 4 und Abbildung 8).

Tabelle 4: Entwicklung des Wohnungsdefizits in Stuttgart seit 1992

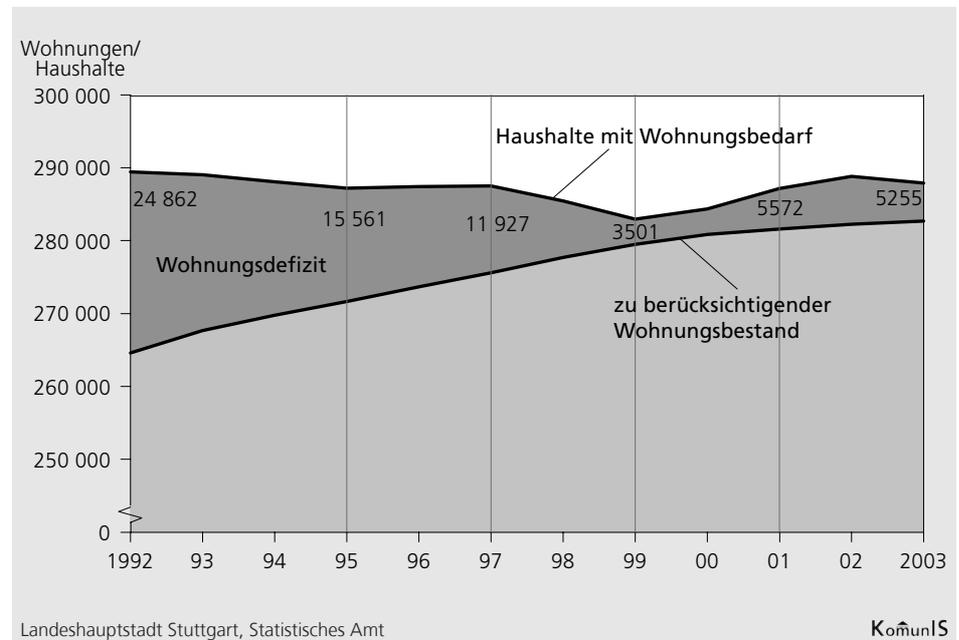
Jahr	Haushalte mit Wohnungsbedarf <sup>1</sup>	Zu berücksichtigender Wohnungsbestand <sup>2</sup>	Wohnungsdefizit
1992	289 464	264 602	24 862
1993	289 072	267 676	21 396
1994	288 114	269 768	18 346
1995	287 258	271 697	15 561
1996	287 477	273 673	13 804
1997	287 563	275 636	11 927
1998	285 469	277 721	7 748
1999	283 006	279 505	3 501
2000	284 383	280 861	3 522
2001	287 199	281 627	5 572
2002	288 865	282 279	6 586
2003	287 942	282 687	5 255

<sup>1</sup> Ohne Untermieterhaushalte (2900 Haushalte).  
<sup>2</sup> Wohnungsbestand abzügl. Fluktuationsreserve (3 %).

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KoMunIS

Das „Wohnungsdefizit“ ist eine rein rechnerische Größe und nicht so zu verstehen, dass die ermittelten Haushalte nicht mit Wohnraum versorgt wären, sie teilen sich vielmehr ihre Wohnungen mit einem anderen Haushalt. Dies sind beispielsweise junge Erwachsene, die bei ihren Eltern wohnen, obwohl sie bereits selbstständig wirtschaften und damit definitorisch einen eigenen Haushalt darstellen.

Abbildung 8: Das Wohnungsdefizit in Stuttgart seit 1992



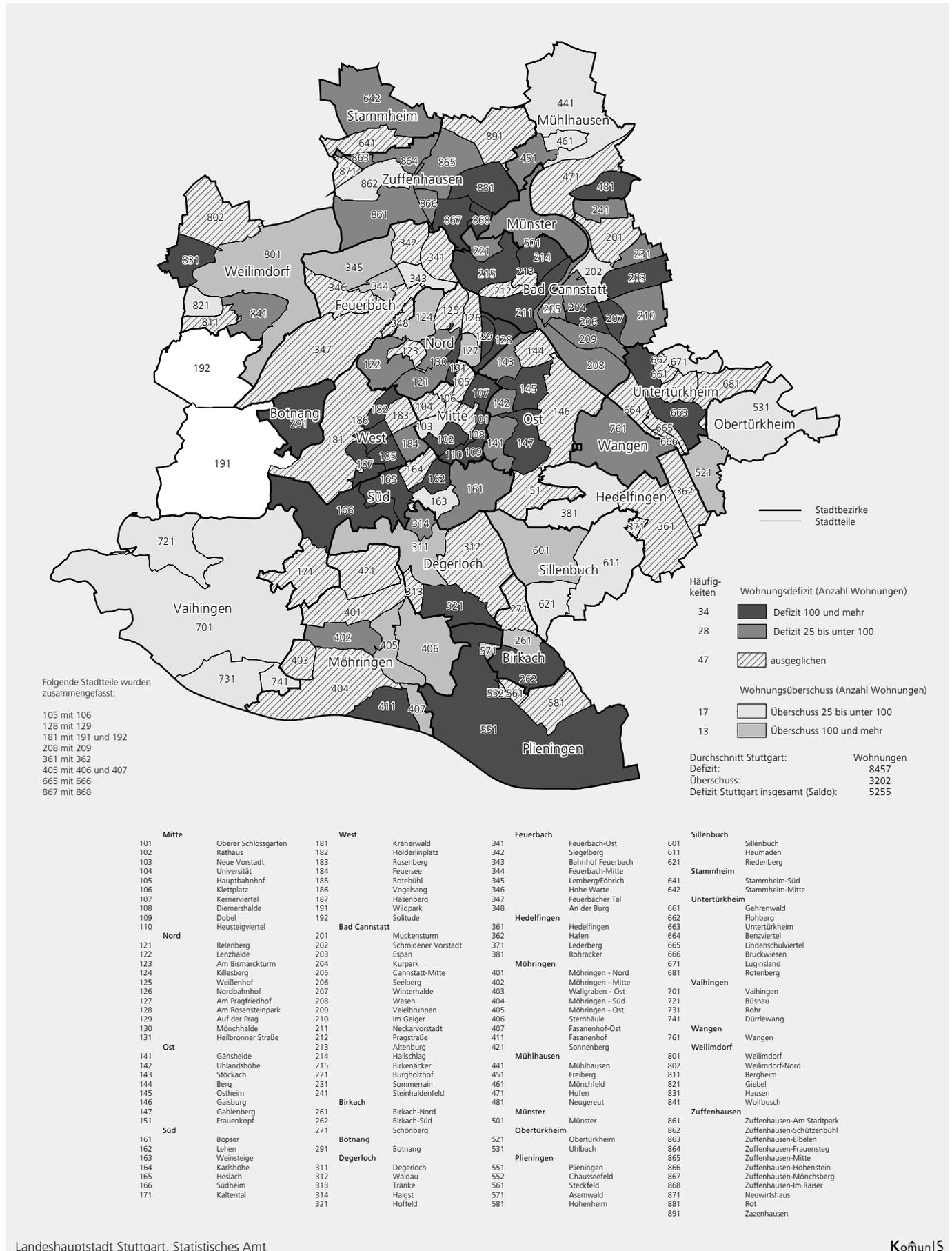
In Karte 3 ist die Wohnungsversorgung 2003 in den Stuttgarter Stadtteilen dargestellt. Das rechnerische Wohnungsdefizit von 5255 Wohnungen bezieht sich als Saldowert auf das Stadtgebiet insgesamt. Bei einer kleinräumigen Darstellung auf der Ebene der Stadtteile gibt es neben jenen mit einem Wohnungsfehlbestand aber auch Stadtteile mit einem Wohnungsüberschuss. Die schraffierten Stadtteile mit weniger als 25 fehlenden oder überschüssigen Wohnungen gelten als ausgeglichen.

*Wohnungsdefizit in Stadtteilen mit hohen Anteilen an ausländischer Bevölkerung und Einpersonenhaushalten*

*Nicht jedes rechnerische Wohnungsdefizit entspricht einem tatsächlichen Wohnungsmangel*

Die Ursachen für fehlende Wohnungen sind vielfältig und können ohne tiefer gehende Analyse nicht begründet werden. Ein Zusammenhang zwischen hohen Ausländeranteilen und überdurchschnittlich hoher Anzahl an Einpersonenhaushalten in Stadtteilen mit einem Wohnungsdefizit ist zu vermuten. Unter der ausländischen Bevölkerung lassen sich in manchen Stadtteilen von Bad Cannstatt, Untertürkheim, Stuttgart-Mitte und -Süd mit Sicherheit noch Wohnungsversorgungsengpässe per definitionem feststellen, das heißt, dass mehrere Haushalte sich eine Wohnung teilen (müssen). Anders stellt sich die Versorgungssituation bei einem Großteil der Einpersonenhaushalte dar. Hier ist in der Regel das Zusammenleben mehrerer Einzelhaushalte in einer Wohnung der Ausdruck einer gewünschten Wohn- und Lebensform. Dem rechnerischen Wohnungsdefizit entspricht in diesen Fällen kein tatsächlicher Wohnungsmangel. Dies sind zum Beispiel die studentischen Wohngemeinschaften in den universitätsnahen Stadtteilen der Innenstadt und Plieningen, aber auch die jungen Singlehaushalte am Übergang von der Ausbildung zum Beruf, die offensichtlich neben den zentrumsnahen Wohnbezirken des Westens und Nordens auch die unteren Hanglagen bevorzugen. Für das Wohnungsdefizit in den Wohnquartieren des sozialen Wohnungsbaus der sechziger und siebziger Jahre (u.a. Rot, Fasanenhof und Botnang) scheinen andere, noch näher zu untersuchende Ursachen vorzuliegen.

Karte 3: Wohnungsversorgung in Stuttgart 2003 nach Stadtteilen



Ein Wohnungsüberschuss wurde zum einen für gute Wohnlagen am Kesselrand und der äußeren Stadtteile errechnet und macht sich andererseits in Zentren der äußeren Stadtteile wie Weilimdorf, Mühlhausen, Sillenbuch, Degerloch und Vaihingen bemerkbar. Die hier lebenden, teilweise überalterten Haushalte scheuen möglicherweise die Anstrengung und Probleme, die mit der Vermietung von Wohneinheiten im gleichen Hause einhergehen könnten.

### Ausblick

Wohnungsmärkte entwickeln sich zyklisch und werden im Wesentlichen von demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen beeinflusst. Vor allem die zukünftig dramatisch alternde Bevölkerung sowie sinkende Bevölkerungszahlen verändern die Prämissen und Hauptoptionen der Wohnungspolitik. Neben den klassischen Themen des Wohnungsbaus, der Bestandserhaltung, Preisentwicklung und Wohnungsversorgung, zu denen regelmäßig statistische Berichte erstellt werden, gewinnen zunehmend stadt-, siedlungs- und raumstrukturelle Aspekte des Wohnens an Gewicht. Durch die stärkere Vernetzung mit der Städtebaupolitik, wie sie in den Stadtumbauprogrammen immer häufiger angelegt werden, kann und sollte die Wohnungspolitik im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung mehr als bisher eine integrative Ausrichtung erhalten. Die aktuellen politischen Diskurse um eine stärkere Regionalisierung der Wohnungspolitik ist ein weiteres Themenfeld. Diese räumlichen und inhaltlichen Veränderungen bedingen für alle Akteure einen ansteigenden Bedarf vertiefter, aber auch leicht zugänglicher Wohnungsmarktinformationen an der sich die künftige Berichterstattung auszurichten hat.

*Wohnungsberichterstattung sollte künftig auch stadt- und raumstrukturelle Aspekte des Wohnens ...*

*... und den regionalen Wohnungsmarkt berücksichtigen*

1 Wohnungsmärkte in Deutschland. Ergebnisse der regionalisierten Wohnungsmarktbeobachtung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Ausgabe 2004. Hrsg.: vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Bonn 2004.

2 Stuttgarter Wohnungsbericht 2001/2002. Hrsg.: Landeshauptstadt Stuttgart, Amt für Liegenschaften und Wohnen.

# Demographischer Wandel - Herausforderung und Gestaltungsfeld



2003, 66 Seiten, Grafiken und Tabellen

13 € (zuzüglich Versandkosten)

ISSN 1431-0996

Beiträge einer Vortragsveranstaltung des Stuttgarter Gemeinderats am 3. Februar 2003

- |                            |  |
|----------------------------|--|
| Dr. Wolfgang Schuster:     | <b>Einführungsrede</b>   |
| Prof. Dr. Herwig Birg:     | <b>Dynamik der demographischen Schrumpfung und Alterung in Europa: Gestaltungskonsequenzen für Deutschland</b> |
| Prof. Dr. Meinhard Miegel: | <b>Gesellschaftliche und wirtschaftliche Implikationen des demographischen Wandels</b>                         |
| Prof. Dr. Heinrich Mäding: | <b>Demographische Trends: Herausforderungen für die Städte</b>   |

**Landeshauptstadt Stuttgart  
Statistisches Amt**

Eberhardstraße 39  
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2 16 - 34 40  
Telefax (0711) 2 16 - 39 00

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de  
komunis@stuttgart.de

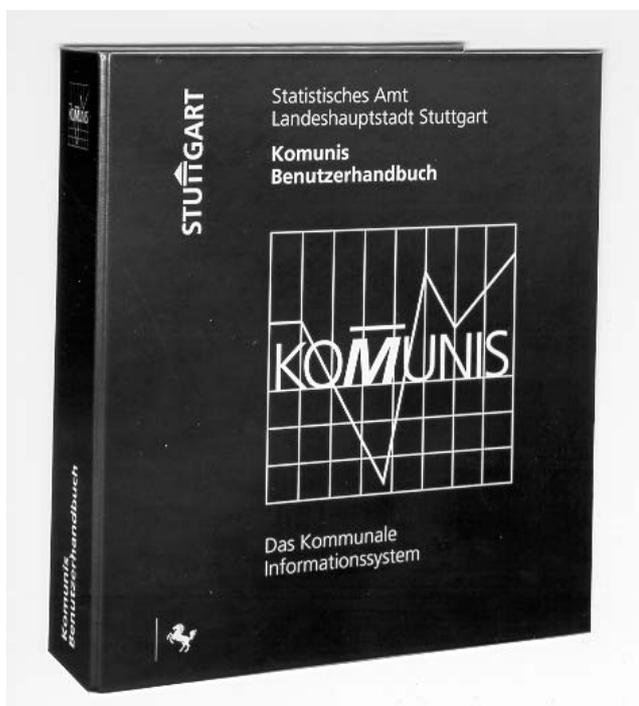
Internet: [www.stuttgart.de](http://www.stuttgart.de)

Neu-Auflage!

# KoMunIS

## Das Kommunale Informationssystem Stuttgart

### Benutzerhandbuch 2003



Das neue Benutzerhandbuch enthält

- Bedienungsanleitungen für den Zugang zu KOMUNIS über Lotus Notes, SOLID oder den Direktzugriff
- Inhaltsübersichten zu Themen, Dokumentenarten, Raumbezug und einstellenden Ämtern

**Das Handbuch zur Profi-Online-Suche nach ständig aktualisierten Kommunaldaten!**

Geografische/meteorologische Daten  Einwohner/Bevölkerung  Bauen/Wohnen  Wirtschaft/  
Beschäftigung/Erwerbstätigkeit  Bildung/Gesundheit/Rechtspflege/Soziales  Umwelt  Kultur/  
Freizeit/Sport  Steuern/Finanzen  Verkehr  Gemeinderat  Wahlen  Stadtverwaltung

Preis: 15 € (zuzüglich Versandkosten)  
für KOMUNIS-Direkt-Anwender kostenlos

Ihre Bestellung oder eventuelle Fragen richten Sie bitte an: [komunis@stuttgart.de](mailto:komunis@stuttgart.de)

### **Veröffentlichungen zu den Themen:**

Robert Gunderlach:

**Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt in Stuttgart 2002 langsamer an als landesweit,**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Monatsheft 12/2003, S. 321-322

Franz Abele:

**KOMUNIS - Die Drehscheibe für Informationen in der Stadt Stuttgart,**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Monatsheft 2/2003, S. 32-35

Utz Lindemann:

**Prognose der Einwohner in den Stuttgarter Stadtbezirken 2002 bis 2015,**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Monatsheft 8/2003, S. 199-207

**Prognose der Einwohner in Stuttgart 2002 bis 2015,**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Monatsheft 8/2002, S. 148-165

Inge Heilweck-Backes:

**Der Wohnungsbau in Stuttgart 2001/2002,**

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,  
Monatsheft 1/2003, S. 8-14